

05

STAAT UND WIRTSCHAFT IN HESSEN

Mai 2004
59. Jahrgang

auch erhältlich als PDF-Datei



- Daten zur Wirtschaftslage
- Arbeitsvolumen in Hessen 1998 bis 2002
- Agrarstrukturerhebung in Hessen 2003
- Hessischer Zahlenspiegel

Inhalt

Ganz kurz	106
Daten zur Wirtschaftslage	107
Erwerbstätigkeit	
Arbeitsvolumen in Hessen 1998 bis 2002. Von <i>Wolfgang Emmel</i>	113
Landwirtschaft	
Agrarstrukturerhebung in Hessen 2003 — Ergebnisse der Stichprobenerhebung. Von <i>Jörg Führer</i>	116
Löhne und Gehälter	
Nettoverdienste erstmals seit zwei Jahren wieder stärker als Bruttoverdienste gestiegen. Von <i>Theo Hefner</i>	119
Hessischer Zahlenspiegel	
Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit	121
Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Handwerk	122
Baugewerbe, Baugenehmigungen, Groß- und Einzelhandel, Gastgewerbe	123
Außenhandel, Tourismus, Verkehr	124
Geld und Kredit, Gewerbeanzeigen, Preise	125
Steuern, Verdienste	126
Buchbesprechungen	Seite 127 und Umschlagseite 3

Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

Copyright:

© **Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2004**

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611 3802-0, Telefax: 0611 3802-890

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de — Internet: www.statistik-hessen.de

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611 3802-804

Haus-/Lieferadresse:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 4,00 Euro (Doppelheft 7,00 Euro), Jahresabonnement 40,80 Euro (inkl. Versandkosten)

Digital: Einzelheft 4,40 Euro (Doppelheft 6,80 Euro), Jahresabonnement 44,90 Euro (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 32,60 Euro (jeweils inkl. Versandkosten)

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Umschlagdesign:

Vier für Texas Ideenwerk

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611 3802-802 oder -807.

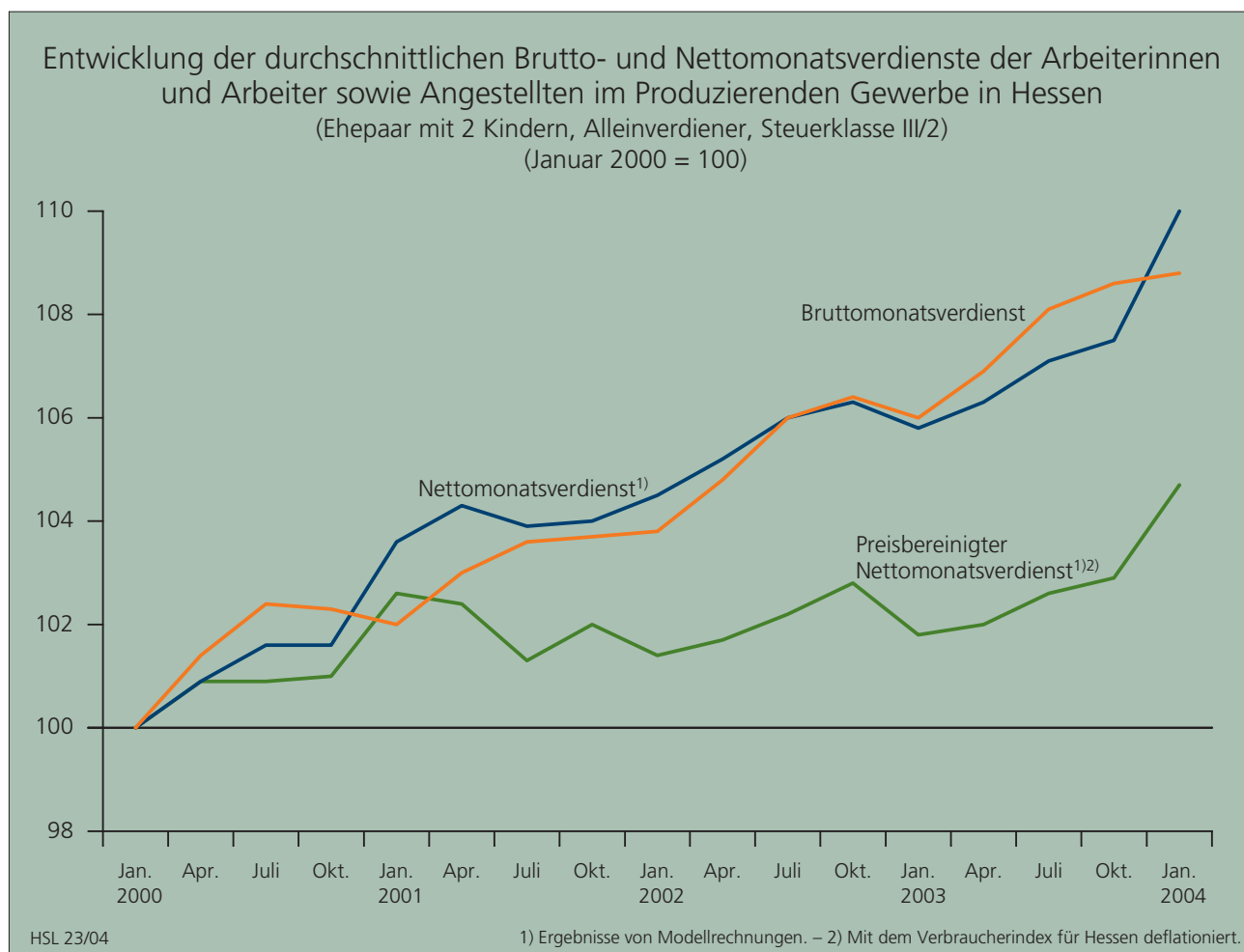
Zeichen

- = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.
- 0 = Zahlenwert ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle.
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.
- . . . = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.
- x = Tabellenfeld gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).
- D = Durchschnitt.
- s = geschätzte Zahl.
- p = vorläufige Zahl.
- r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.



- **Bauabfälle** wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch werden in großen Mengen in stationären oder mobilen Aufbereitungsanlagen **recycelt** und dadurch einer Wiederverwendung zugeführt. Im Jahr 2002 wurden in Hessen so rund 3,8 Mill. t Bauabfälle aufgearbeitet. Das war immerhin fünfmal mehr, als im gleichen Jahr auf Deponien entsorgt wurde. Bei den verarbeiteten Mengen handelte es sich zum größten Teil um Bauschutt und Straßenaufbruch. Bauschutt machte mit 1,7 Mill. t 46 %, Straßenaufbruch mit 1,1 Mill. t 29 % der gesamten Inputmenge aus. Weitere 435 000 t (12 %) entfielen auf Bodenaushub. Der Rest waren gemischter Bauschutt und Bodenaushub, Baustellenabfälle sowie getrennt eingesetztes Bau- und Abbruchholz. Bei der Bauschuttaufbereitung entstehen, nachdem Reststoffe und Rückstände aussortiert sind, verschiedene Produkte. Die wichtigsten waren im Jahr 2002 Betonrecyclat mit knapp 1,5 Mill. t, Recyclat aus Sand, Kies, Pflaster, Gips u. Ä. mit 1,2 Mill. t, aufbereiteter Bodenaushub mit 410 000 t und Ziegelrecyclat mit 130 000 t. Diese Stoffe wurden zu 63 % im Straßen- und Wegebau eingesetzt. Weitere Verwendung fanden sie im Erdbau (32 %) und zu 5 % für sonstige Zwecke. Daneben wurden noch 401 000 t Asphaltgranulat sowie 108 000 t pech- bzw. teerhaltige Ausbaustoffe erzeugt. Diese Materialien gingen fast ausschließlich in den Straßenbau.

- Im ersten Vierteljahr 2004 sanken die Umsätze im hessischen **Gastgewerbe**, im Vergleich zum ersten Quartal 2003, nominal um annähernd 3 %. Dies war nach Ausschaltung der Preisveränderungen real ein Minus von etwas über 3 %. Nach dem negativen Verlauf im Januar schien sich im Februar eine Besserung anzudeuten, sie schlug im März jedoch wieder ins Negative um. Besser ging es lediglich den Kantinen und Catering-Unternehmen. Dort stiegen die Umsätze im Quartalsvergleich nominal um fast 5 und real um 4 %. Relativ glimpflich waren die Verluste im Beherbergungsgewerbe, das eine Umsatzeinbuße von nominal 1 und real fast 2 % hinnehmen musste. Mit nominal gut 7 und real fast 8 % verzeichnete das Gaststättengewerbe einen deutlichen Umsatzeinbruch. Der Arbeitsplatzabbau im Gastgewerbe setzte sich fort. Die Zahl der Beschäftigten nahm im ersten Vierteljahr 2004 um annähernd 2 % ab, wobei sich die der Teilzeitbeschäftigten allerdings um gut 5 % erhöhte. Die Zahl der Vollbeschäftigten sank dagegen um über 6 %.

- Die hessischen **Industriebetriebe** haben im Jahr 2002 insgesamt 71,0 Mill. Euro für **Umweltschutzmaßnahmen** investiert — 8,7 % weniger als ein Jahr zuvor. Die hessische Industrie gab damit pro 100 Euro Bruttoanlageinvestitionen jeweils 2,3 Euro für den Umweltschutz aus. Maßnahmen für die Luftreinhaltung machten 44 % der

Umweltschutzinvestitionen aus. Rund 31 % dienten dem Gewässerschutz, 20 % kamen der Abfallwirtschaft und 4 % der Lärmbekämpfung zugute. Der Rest verteilte sich auf Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Bodensanierung. Mit 29,8 Mill. Euro wurden über zwei Fünftel der gesamten Umweltschutzinvestitionen in den Betrieben der Chemischen Industrie getätigt, hier vor allem für Gewässerschutz und Luftreinhaltung. Betriebe, die Metalle erzeugen oder verarbeiten, investierten 11,3 Mill. Euro in den Umweltschutz, dicht gefolgt von Betrieben des Ernährungsgewerbes mit 10,5 Mill. Euro. Im letztgenannten Wirtschaftszweig spielten abfallwirtschaftliche Maßnahmen eine besondere Rolle. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit für Umweltschutzmaßnahmen lag bei den Betrieben mit 500 oder mehr Beschäftigten. 62 % aller Umweltschutzinvestitionen wurden von diesen vorgenommen. Dagegen trugen die kleineren und mittleren Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten mit nur rund 10 % zu den Umweltschutzinvestitionen bei.

- Zum 1. Mai dieses Jahres traten die Länder Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowenien, Ungarn und Zypern sowie die Tschechische und die Slowakische Republik der EU bei. Diese zehn Länder verfügten 2001 über ein nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) von insgesamt 404 Mrd. Euro. Knapp die Hälfte dieser Summe entfiel auf Polen, das mit 196,7 Mrd. Euro ein um etwa 5 % höheres BIP als Hessen (188,1 Mrd. Euro) aufwies. Die übrigen neun Länder hatten ein BIP zwischen 4 (Malta) und 63,3 Mrd. Euro (Tschechische Republik). Im Mittel lagen sie mit 23 Mrd. Euro in der Größenordnung hessischer Regierungsbezirke. Das BIP der Slowakischen Republik (22,8 Mrd. Euro) kam dem des Regierungsbezirks Gießen (24,3 Mrd. Euro) nahe. Vergleichbare Größenordnungen wiesen z. B. Zypern (10,2 Mrd. Euro) und Wiesbaden (10,9 Mrd. Euro) auf, oder Lettland (8,5 Mrd. Euro) und der Main-Taunus-Kreis (8,6 Mrd. Euro), Estland (6,2 Mrd. Euro) und der Lahn-Dill-Kreis (6,4 Mrd. Euro) sowie Malta (4,0 Mrd. Euro) und die Stadt Offenbach (4,1 Mrd. Euro). Auf Grund der Heterogenität der zehn **Beitrittsländer** bietet die Größe „BIP je Einwohner“ als Maß der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region bessere Vergleichsmöglichkeiten. Zypern, mit 14 600 Euro je Einwohner deutlicher Spitzenreiter unter den beigetretenen Ländern, erreichte hier 2001 lediglich 47 % des hessischen Wertes (31 000 Euro) und 63 % des Wertes der EU 15 (23 300 Euro). Selbst gegenüber dem Vogelsbergkreis (17 200 Euro), diesbezügliches „Kellerkind“ unter den 26 hessischen kreisfreien Städten und Landkreisen, erreichte Zypern nur 85 %. Das Schlusslicht in punkto wirtschaftlicher Entwicklung unter den zehn beigetretenen Ländern bildete Lettland mit einem BIP je Einwohner von 3600 Euro. Damit erreichte dieses Land nur knapp 12 % des hessischen Wertes und rund 16 % des Wertes der gegenwärtigen EU-Länder.

Daten zur Wirtschaftslage

Die hessische Wirtschaft ließ im ersten Quartal 2004 eine leichte Belebung erkennen. So verzeichnete das hessische Verarbeitende Gewerbe im ersten Quartal 2004 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich steigende Auftragseingänge (Inland: + 5,7 %, Ausland: + 5,5 %, insgesamt: + 5,6 %), und auch die Umsätze nahmen erstmals seit dem 1. Quartal 2003 zu (Inland: + 0,7 %, Ausland: + 3,7 %, insgesamt: + 2 %). Der Beschäftigungsabbau setzte sich zwar auch im ersten Quartal 2004 fort, allerdings in abgeschwächter Form. Im hessischen Bauhauptgewerbe blieb die Belebung im Betrachtungszeitraum leider aus: Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung gingen weiterhin stark zurück. Das von den hessischen Bauaufsichtsbehörden genehmigte Hochbauvolumen entwickelte sich dagegen positiv. Die zum Bau freigegebene Wohn- und Nutzfläche stieg im ersten Quartal 2004 im Vergleich zum ersten Quartal 2003 um gut 2 % auf 1,4 Mill. m². Getragen wurde diese Entwicklung ausschließlich durch den Wohnbau, die Flächennachfrage im Nichtwohnbau war dagegen deutlich rückläufig. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten folgten dieser Entwicklung. Die in Hessen tätigen Einzelhändler konnten noch keine Entspannung bzgl. der verbreiteten Kaufzurückhaltung melden. Der Umsatz ging nominal um etwas über 1 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein Minus von 1 %. Die zu beobachtenden leichten Belebungstendenzen der Konjunktur sind auf dem Arbeitsmarkt noch nicht zu spüren. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums betrug die Zahl der Arbeitslosen 256 700; dies war ein Anstieg um 13 700 oder knapp 6 %. Im ersten Vierteljahr 2004 stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen deutlich um 109 oder 19,4 % auf 671. Im Verlauf des ersten Quartals war eine Steigerung des Insolvenzgeschehens zu verzeichnen. Der Verbraucherpreisindex in Hessen lag im ersten Quartal 2004 — ebenso wie im letzten Quartal 2003 — um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. Ohne die sinkenden Preise für Heizöl und Kraftstoffe im ersten Quartal 2004 wäre die Gesamtteuerungsrate noch höher ausgefallen (+ 1,4 %).

Verarbeitendes Gewerbe: fulminanter Anstieg der Aufträge im März

Das hessische Verarbeitende Gewerbe leidet seit Jahren unter der schwachen Inlandsnachfrage. Da die Auslandsnachfrage seit September 2003 aber wieder kräftig anzog, reichte es — nach zwei Jahren mit rückläufigen Aufträgen — im Jahresdurchschnitt 2003 trotz weiter zurückgehender Inlandsbestellungen insgesamt zu einem Auftragsplus von 1,1 % gegenüber dem Vorjahr. Dank eines fulminanten Anstiegs der preisbereinigten Auftragseingänge im März 2004 um 18 % — begünstigt durch Großaufträge sowie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zwei Arbeitstage mehr — ergab sich für das erste Quartal 2004 ein Plus von 5,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Dabei kamen vom „Sorgenkind“ Inlandsmarkt sogar 5,7 % mehr Aufträge. Eine Zuwachsrate von 5,5 % gab es auf den Auslandsmärkten.

Dank eines exorbitanten Auftragsplus von 38 % im März erreichten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im ersten Quartal 2004 noch einen durchschnittlichen Anstieg von 12 %. Nach einem katastrophalen zweiten Halbjahr 2003 gibt das wieder Hoffnung. Die Inlandsorders erhöhten sich im ersten Quartal 2004 um 21 %, die Aufträge aus dem Ausland um 5 %. Weniger expansiv war die Entwicklung bei der Chemischen Industrie und dem Maschinenbau. Wegen der schwachen beiden ersten Monate konnte beim Maschinenbau der sehr gute März das Quartalergebnis nur teilweise nach oben ziehen, sodass sich ein Zuwachs von 2,3 % ergab. Auf dem Inlandsmarkt erzielten die Maschinenbauer gegenüber dem Vorjahresquartal nur einen

kleinen Orderzuwachs von 0,3 %, auf den Auslandsmärkten eine Zunahme von 4,6 %. Damit kam es im Maschinenbau im dritten Quartal in Folge zu einem Auftragsanstieg. Nur einen verhaltenen Anstieg von 0,4 % erzielte die Chemische Industrie im ersten Quartal. Einem Minus von 2,4 % bei den Inlandsaufträgen stand ein Zuwachs von 2 % bei den Auslandsorders gegenüber.

Umsätze in die Nicht-Eurozone steigen deutlich

Zum ersten Mal seit dem ersten Quartal 2003 konnte das hessische Verarbeitende Gewerbe wieder in einem Quartal einen Umsatzzuwachs verbuchen. Im ersten Quartal 2004 lagen die Umsätze mit 21,2 Mrd. Euro um 2 % höher als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Die Inlandsumsätze nahmen um 0,7 % auf 12,2 Mrd. Euro zu, die Fakturierungen mit ausländischen Geschäftspartnern um 3,7 % auf über 9 Mrd. Euro. Die Exportquote, der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, erreichte mit 42,6 % einen neuen Höchststand. Die Dynamik ging von der Nicht-Eurozone aus, sodass trotz einer Aufwertung des Euro gegenüber wichtigen Währungen die Umsätze dorthin deutlich um 5,5 % auf 4,7 Mrd. Euro anstiegen. Verhaltener war der Umsatzzuwachs in die Eurozone mit 1,8 % auf 4,4 Mrd. Euro.

Die umsatzstärkste Branche des hessischen Verarbeitenden Gewerbes — die Chemische Industrie — erhielt ihre positiven Impulse nur aus der Nicht-Eurozone, während der Inlandsmarkt und die Eurozone schwach blieben. Insgesamt nahmen die Umsätze im ersten Quartal 2004 gegenüber dem ersten Quartal 2003 um 0,6 % auf 4,4 Mrd. Euro zu. Die

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzel- handel ⁵⁾	Preise	Arbeitsmarkt ⁸⁾				
	Volumenindex des Auftrageingangs ²⁾ 2000 = 100			Beschäft- tigte	Index des Auftrags- ein- gangs ⁴⁾ 2000 = 100	Index der Um- sätze ⁶⁾ 2000 = 100	Preis- index für die Lebens- haltung ⁷⁾ 2000 = 100	Arbeits- lose ⁹⁾	Arbeits- losen- quote ¹⁰⁾	Offene Stellen ⁹⁾	Kurz- arbeit (Personen) ¹¹⁾	
	ins- gesamt	Inland	Ausland									
Grundzahlen ¹²⁾												
2001 D	97,8	96,7	99,1	458 450	95,6	33 213	100,4	101,7	200 533	7,4	37 692	7 822
2002 D	96,3	92,8	101,2	452 189	83,9	30 621	101,8	103,0	213 583	7,8	31 376	15 297
2003 D	97,4	90,9	106,6	435 917	75,3	28 720	100,8	103,9	241 998	8,8	25 985	17 651
2003 Februar	98,3	91,3	108,1	439 743	59,2	28 291	89,2	104,0	249 718	9,1	28 884	15 268
März	100,1	94,3	108,4	438 879	84,0	28 699	101,2	103,9	247 062	9,0	30 402	15 966
1. Vj. D	98,9	92,0	108,5	439 511	64,1	28 534	95,1	103,8
April	94,8	89,7	102,1	437 263	65,0	28 918	103,6	103,8	244 698	8,9	30 489	27 660
Mai	97,6	93,6	103,4	436 320	74,5	29 088	102,2	103,6	239 071	8,7	29 650	26 859
Juni	94,1	88,7	102,0	436 126	82,5	28 934	93,8	103,7	237 433	8,6	27 885	26 547
2. Vj.D	95,5	90,7	102,5	436 570	74,0	28 980	99,9	103,7
Juli	100,9	98,3	104,6	435 148	83,1	29 056	99,8	104,0	248 582	9,0	25 942	20 139
August	85,1	79,2	93,5	435 572	78,4	29 110	91,4	104,1	246 084	8,9	25 703	16 380
September	100,7	93,5	111,0	435 184	94,6	28 879	99,0	104,0	238 537	8,7	23 405	18 540
3. Vj. D	95,6	90,3	103,0	435 301	85,4	29 015	96,7	104,0
Oktober	104,1	97,8	112,8	434 314	73,7	28 783	106,8	104,0	236 953	8,6	22 027	10 718
November	99,6	92,9	109,0	432 996	74,4	28 541	104,9	103,7	238 405	8,7	20 465	10 377
Dezember	95,5	81,6	115,2	429 554	85,2	27 722	122,8	104,5	243 951	8,9	19 399	8 945
4. Vj. D	99,7	90,8	112,3	432 288	77,8	28 349	111,5	104,1
2004 Januar	96,5	90,3	105,3	430 387	34,8	26 570	92,7	104,6	258 838	9,4	21 654	10 745
Februar	98,7	90,6	110,1	428 845	51,1	26 398	87,2	104,8	261 105	9,5	24 975	11 873
März	117,9	110,7	128,0	428 761	64,1	26 600	101,7	105,2	256 826	9,3	25 790	12 264
1. Vj. D	104,4	97,2	114,5	429 331	50,0	26 523	93,9	104,9
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹²⁾¹³⁾												
2001 D	– 2,2	– 3,3	– 0,9	– 0,2	– 4,4	– 7,2	.	1,7	– 6,7	.	0,4	51,7
2002 D	– 1,5	– 4,0	2,1	– 3,1	– 12,3	– 7,8	1,4	1,3	6,5	.	– 16,8	95,6
2003 D	1,1	– 2,0	5,3	– 3,6	– 10,2	– 6,2	– 1,0	0,9	13,3	.	– 17,2	15,4
2003 Februar	8,1	5,1	12,0	– 3,5	– 6,2	– 7,8	– 1,3	1,0	12,0	.	– 21,9	– 40,6
März	4,3	– 0,3	10,7	– 3,5	– 17,6	– 6,5	– 2,8	0,8	14,4	.	– 22,0	– 38,0
1. Vj.	6,6	1,4	13,5	– 3,6	– 13,6	– 7,5	– 1,8	0,9
April	– 4,3	– 6,8	– 1,2	– 3,4	– 31,7	– 6,9	– 0,1	0,8	15,5	.	– 19,6	12,6
Mai	– 1,7	3,2	– 7,3	– 3,4	– 9,9	– 5,9	1,5	0,6	14,1	.	– 14,4	96,4
Juni	– 3,9	– 4,0	– 3,3	– 3,4	– 26,9	– 4,9	– 2,0	0,8	13,2	.	– 15,1	109,4
2. Vj.	– 3,3	– 2,6	– 4,0	– 3,4	– 23,7	– 5,9	– 0,1	0,7
Juli	– 1,6	– 1,6	– 1,5	– 3,9	– 1,7	– 3,5	1,6	0,7	16,0	.	– 14,2	152,1
August	– 8,2	– 13,3	– 1,4	– 4,0	– 12,1	– 4,8	– 7,4	1,0	17,0	.	– 10,3	84,5
September	3,6	1,7	6,0	– 3,9	13,1	– 5,8	1,1	1,0	14,9	.	– 13,4	97,5
3. Vj.	– 1,9	– 4,3	1,1	– 3,9	– 0,5	– 4,7	– 1,6	0,9
Oktober	1,8	– 2,4	7,1	– 3,5	– 12,3	– 6,3	– 0,1	1,1	13,5	.	– 13,7	1,3
November	0,1	– 2,5	3,4	– 3,3	– 0,7	– 6,8	– 5,3	1,1	11,6	.	– 17,4	– 9,2
Dezember	9,6	– 3,0	26,3	– 3,6	11,5	– 7,2	3,0	0,9	9,7	.	– 16,4	– 19,6
4. Vj.	3,5	– 2,6	11,6	– 3,5	– 0,9	– 6,8	– 0,7	1,1
2004 Januar	– 1,7	– 0,2	– 3,4	– 2,2	– 29,0	– 7,1	– 2,2	1,1	6,0	.	– 15,6	– 25,5
Februar	0,4	– 0,8	1,9	– 2,5	– 13,6	– 6,7	– 2,2	0,8	4,6	.	– 13,5	– 22,2
März	17,8	17,4	18,1	– 2,3	– 23,7	– 7,3	0,5	1,3	4,0	.	– 15,2	– 23,2
1. Vj.	5,6	5,7	5,5	– 2,3	– 22,0	– 7,1	– 1,3	1,1
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹²⁾												
2003 Februar	0,1	0,9	– 0,8	– 0,0	20,5	– 1,1	– 5,9	0,5	2,3	.	12,5	5,9
März	1,8	3,3	0,3	– 0,2	42,1	1,4	13,5	– 0,1	– 1,1	.	5,3	4,6
1. Vj.	2,7	– 1,3	7,9	– 1,9	– 18,3	– 6,2	– 15,3	0,8
April	– 5,3	– 4,9	– 5,8	– 0,4	– 22,6	0,8	2,4	– 0,1	– 1,0	.	0,3	73,2
Mai	3,0	4,3	1,3	– 0,2	14,5	0,6	– 1,4	– 0,2	– 2,3	.	– 2,8	– 2,9
Juni	– 3,6	– 5,2	– 1,4	0,0	10,9	– 0,5	– 8,2	0,1	– 0,7	.	– 6,0	– 1,2
2. Vj.	– 3,4	– 1,4	– 5,5	– 0,7	15,4	– 1,6	5,0	– 0,1
Juli	7,2	10,8	2,5	– 0,2	0,7	0,4	6,4	0,3	4,7	.	– 7,0	– 24,1
August	– 15,7	– 19,4	– 10,6	0,1	– 5,7	0,2	– 8,4	0,1	– 1,0	.	– 0,9	– 18,7
September	18,3	18,1	18,7	– 0,1	20,6	– 0,8	8,3	– 0,1	– 3,1	.	– 8,9	13,2
3. Vj.	0,1	– 0,4	0,5	– 0,3	15,4	0,1	– 3,2	0,3
Oktober	3,4	4,6	1,6	– 0,2	– 22,0	– 0,3	7,9	0,0	– 0,7	.	– 5,9	– 42,2
November	– 4,3	– 5,0	– 3,4	– 0,3	0,9	– 0,8	– 1,8	– 0,3	0,6	.	– 7,1	– 3,2
Dezember	– 4,1	– 12,2	5,7	– 0,8	14,5	– 2,9	17,1	0,8	2,3	.	– 5,2	– 13,8
4. Vj.	4,3	0,6	9,0	– 0,7	– 8,9	– 2,3	15,3	0,1
2004 Januar	1,0	10,7	– 8,6	0,2	– 59,1	– 4,2	– 24,5	0,1	6,1	.	11,6	20,1
Februar	2,3	0,3	4,6	– 0,4	46,7	– 0,6	– 5,9	0,2	0,9	.	15,3	10,5
März	19,5	22,2	16,3	– 0,0	25,4	0,8	16,6	0,4	– 1,6	.	3,3	3,3
1. Vj.	4,7	7,0	2,0	– 0,7	– 35,7	– 6,4	– 15,8	0,8

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz. — 6) Ohne Umsatzsteuer. — 7) Alle privaten Haushalte. — 8) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 9) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 10) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 11) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 12) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtete Ergebnisse. — 13) Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind.

Inlandsumsätze verringerten sich um 0,8 % auf 1,7 Mrd. Euro, während die Auslandsumsätze um 1,5 % auf 2,7 Mrd. Euro zunahmen. Dabei gingen allerdings die Exporte in die Eurozone um 3,1 % auf 1,3 Mrd. Euro zurück, während diejenigen in die Nicht-Eurozone um 6 % auf 1,5 Mrd. Euro zunahmen. Einen Anstieg der Umsätze um 3,8 % auf 3,1 Mrd. Euro verzeichneten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Die Inlandsumsätze nahmen um 4 % auf 1,5 Mrd. Euro und die Auslandsumsätze um 3,6 % auf 1,6 Mrd. Euro zu. Auch in diesem Sektor entwickelten sich die Umsätze in die Nicht-Eurozone mit einem Plus von 4,8 % auf 940 Mill. Euro günstiger. Die Umsätze in die Eurozone erhöhten sich nur um 2 % auf 660 Mill. Euro. Der hessische Maschinenbau musste im ersten Quartal 2004 eine Umsatzeinbuße von 7,2 % auf 2,2 Mrd. Euro hinnehmen. Die Inlandsumsätze gingen um 11 % auf knapp 1,1 Mrd. Euro zurück und die mit dem Ausland um 2,8 % auf 1,1 Mrd. Euro. Gegen den allgemeinen Trend nahmen die Umsätze in die Eurozone um 3,5 % auf 460 Mill. Euro zu, während diejenigen in die Nicht-Eurozone um 6,8 % auf 650 Mill. Euro abnahmen.

Beschäftigungsabbau abgeschwächt

Der in Hessen seit vielen Jahren anhaltende Beschäftigungsabbau im Verarbeitenden Gewerbe hat sich auch im ersten Quartal 2004 fortgesetzt, allerdings abgeschwächt. Solange der Output nicht stärker wächst als der Produktivitätsfortschritt, wird der Beschäftigungsrückgang weitergehen. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2004 lag die Zahl der Beschäftigten mit 429 300 um 2,3 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresquartal. Damit fiel der Rückgang weniger stark aus als im früheren Bundesgebiet, wo die Beschäftigtenzahl um 2,7 % zurückging. Begünstigt durch eine strukturelle Änderung war die Beschäftigtenzahl in der hessischen Chemischen Industrie mit 62 500 unverändert gegenüber dem Vorjahr. Dagegen mussten der Kraftwagensektor und der Maschinenbau Einbußen von 2,5 % auf 54 600 bzw. von 3,1 % auf 57 900 Mitarbeiter hinnehmen.

Anhaltende Krise im Bauhauptgewerbe

Die seit zehn Jahren bestehende Krise im Bauhauptgewerbe hielt auch im ersten Quartal 2004 an. Auftragseingänge, Umsätze und Beschäftigung verliefen rückläufig. Alle Bauarten waren im Beobachtungszeitraum von der abnehmenden Nachfrage betroffen. Der Wohnungsbau, der 2003 noch von der Diskussion über den Wegfall der Eigenheimzulage profitiert hatte, konnte sich dem Abwärtstrend nicht mehr entziehen. Beim Wirtschaftsbau machten sich vorhandene Überkapazitäten bei Büroraum und fehlende Erweiterungsinvestitionen bei der Industrie deutlich bemerkbar. Die historisch niedrigen langfristigen Zinsen reichen nicht aus, den Attentismus der Investoren zu überwinden. Die fehlende Nachfrage ist das zentrale Problem nicht nur des Bauhauptgewerbes.

Nachdem es bereits 2002 und 2003 zweistellige Auftrags-einbußen gegeben hatte, verringerten sich (in den Betrieben mit 20 oder mehr Beschäftigten) die wertmäßigen Auftrags-eingänge im ersten Quartal 2004 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 22 % auf 490 Mill. Euro. Beim Wirtschaftsbau gingen die Aufträge für Hochbauvorhaben um 27 % und für den Tiefbau um 26 % zurück. Der Straßenbau, der im letzten Jahr noch ein kleines Plus verbucht hatte, verzeichnete einen Auftragsrückgang von 21 %. Beim Wohnungsbau, der nach jahrelanger Flaute 2003 einen Anstieg von 8,6 % verzeichnet hatte, gab es im ersten Quartal 2004 ein Minus von 13 %.

Die baugewerblichen Umsätze sind seit vier Jahren ununterbrochen rückläufig. Der verstärkte Niedergang, der seit dem Sommer 2003 zu beobachten war, setzte sich fort. Mit 640 Mill. Euro wurde in den ersten drei Monaten das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums um 13 % verfehlt. Beim Wirtschaftsbau nahmen die Umsätze um ein Viertel auf 310 Mill. Euro ab. Der Wohnungsbau konnte dank der erhöhten Nachfrage des letzten Jahres noch einen Umsatzanstieg von 6 % auf 90 Mill. Euro verzeichnen. Beim öffentlichen und Verkehrsbau ergab sich ein Plus von 3,4 % auf 250 Mill. Euro.

Desolat bleibt die Beschäftigungssituation. Die Zahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt des ersten Quartals 2004 mit 26 500 um 7 % niedriger als vor Jahresfrist. Der Abwärtstrend der letzten Jahre setzte sich damit fort. Unterdurchschnittlich war der Rückgang im ersten Quartal bei den Fachwerkern und Werkern — also den angelernten Arbeitskräften — mit 3,1 %. Dagegen waren Facharbeiter und gewerblich Auszubildende mit Einbußen von 8,6 bzw. 9 % stärker betroffen.

Zunahme des genehmigten Bauvolumens im Hochbau vor allem wegen positiver Entwicklung im Wohnbau

Im ersten Vierteljahr 2004 konnte gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum eine leichte Zunahme beim *genehmigten Bauvolumen im Hochbau* verzeichnet werden. Dieser Anstieg ist vor dem Hintergrund eines überdurchschnittlichen Ergebnisses des Vorjahresquartals um so höher einzuschätzen. Die hessischen Baubehörden gaben mit insgesamt 1,4 Mill. m² gut 2 % mehr Wohn- und Nutzfläche zum Bau frei. Dabei entwickelten sich die Segmente Wohn- und Nichtwohnbau diametral. Wohn- und Nutzflächen im Wohnbau nahmen bei zusammen 1,0 Mill. m² um 27 % zu. Getragen wurde dieser Zuwachs vor allem durch vermehrte Aktivitäten der privaten Haushalte, denen über drei Viertel der Flächennachfrage im Wohnbau zuzuschreiben war. Im Nichtwohnbau reduzierte sich die Flächennachfrage im Vergleichszeitraum um 30 % und machte mit 410 000 m² nicht einmal die Hälfte des Bedarfs im Wohnbau aus. Vor allem Unternehmen (Wohnungs- und sonstige Unternehmen sowie Immobilienfonds) beantragten mit 330 000 m² 27 %

weniger Wohn- und Nutzfläche. Die veranschlagten Baukosten, die ein Indikator für die Investitionsbereitschaft sind, nahmen den Trend der Flächennachfrage auf. Sie lagen mit 1,3 Mrd. Euro um knapp 1 % höher als ein Jahr zuvor. Auch hier betraf die Erhöhung nur den Wohnbau (+ 30 %) und wurde in diesem Bereich hauptsächlich von der Bauherrengruppe der Privathaushalte bewirkt. Die Investitionsbereitschaft im Nichtwohnbausegment ging im Gegensatz dazu um 35 % zurück.

Die positive Entwicklung im **Wohnbau** spiegelte sich auch in der Zahl der genehmigten Wohnungen wider. Die hessischen Baubehörden gaben im ersten Quartal 2004 rund 6400 Wohnungen zum Bau frei, 27 % mehr als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Für die Wohnfläche von 768 000 m² sowie eine Nutzfläche von 237 000 m² wurden die Baukosten von den Bauherren auf 961 Mill. Euro beziffert. Durchschnittlich ergab das eine Wohn- und Nutzfläche von 158 m² je Wohnung, für die 151 000 Euro aufzuwenden wären. Mehr Wohnungen sollten vor allem in Einfamilienhäusern (+ 41 %) sowie in Zweifamilienhäusern (+ 30 %) entstehen. Dagegen wurden 0,4 % weniger Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erteilt.

Das Genehmigungsvolumen im **Nichtwohnbau** nahm stark ab. Das Ergebnis des Vorjahresquartals hatte um 30 % über dem des aktuellen Zeitraumes gelegen. Die Baubehörden genehmigten von Januar bis März 2004 lediglich 403 000 m² Nutzfläche in Nichtwohngebäuden. Die veranschlagten Kosten lagen bei rund 355 Mill. Euro und verminderten sich damit sogar um 37 %. Besonders bei Büro- und Verwaltungs- sowie Fabrik- und Werkstattgebäuden war die Nachfragesituation negativ. Dagegen erhöhte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum der Bedarf an Handels- und Lagergebäuden.

Einzelhandel wartet auf den Aufschwung

Nachdem auch im vergangenen Jahr die in Hessen tätigen Einzelhändler keine durchgreifende Belebung ihrer Geschäftstätigkeit feststellen konnten, brachte das erste Vierteljahr 2004 gegenüber dem ersten Vierteljahr 2003 immer noch keine Verbesserung der Lage. Nominal ging der Umsatz in diesem Zeitraum um etwas über 1 % zurück. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen war dies ein reales Minus von ebenfalls 1 %.

Die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (hierzu zählen beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser), konnte allerdings ihr Vorjahresniveau übertreffen. Die hierzu gehörenden Geschäfte hatten nominal etwas über 1 % mehr in ihren Kassen; real war dies ein Plus von knapp 1 %. Angespannt blieb die Lage im Facheinzelhandel. Im Vergleichszeitraum ging dort der Umsatz nominal um annähernd 3 % zurück; real waren es knapp 2 %. Auch der Bereich „Apotheken, Sani-

tätshäuser, Drogerien und Parfümerien“, der früher immer recht günstig abschnitt, rutschte ins Minus. Dort sank der nominale Umsatz um annähernd 2 %, real war dies eine Abnahme von etwas über 1 %.

Die schlechte Ertragslage führte zu einem weiteren Abbau der Beschäftigung. Die Zahl der Stellen im Einzelhandel sank im Quartalsvergleich um fast 2 %, wobei das Minus allein zu Lasten der Vollbeschäftigten ging. Dort verminderten sich die Stellen um annähernd 5 %, während die Zahl der Teilzeitstellen um annähernd 1 % zunahm.

Auch der Bereich „Kfz-Handel, -Reparatur und Tankstellen“ konnte sein Vorjahresergebnis nicht halten. Zwar blieben die Umsätze nominal etwa auf dem Stand des Vorjahres, real war dies aber ein Minus von etwas über 1 %. Von den Unterbereichen büßten der Handel mit Kraftwagen, die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen sowie die Tankstellen Umsätze ein. Dagegen verzeichneten der Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör sowie der Handel mit Kraft-rädern, Teilen und Zubehör (einschl. Instandhaltung und Reparatur) ein Umsatzplus. Auch im Kfz-Bereich wurden Stellen abgebaut. Insgesamt ging die Zahl der Beschäftigten um knapp 3 % zurück, was allein auf den Rückgang bei der Zahl der Vollbeschäftigten um etwas über 4 % zurückzuführen ist. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen im Quartalsvergleich um fast 3 %.

Mehr Arbeitslose, weniger Kurzarbeitende

Im ersten Quartal 2004 meldeten sich 133 300 Personen arbeitslos. Das waren 3400 oder knapp 3 % mehr als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Diese Zunahme wurde vornehmlich durch einen starken Anstieg der Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung (+ 1500) verursacht. Die restlichen Arbeitslosmeldungen betrafen Personen ohne vorherige Erwerbstätigkeit (+ 1200) bzw. mit vorheriger Erwerbstätigkeit (+ 700).

Den Arbeitslosmeldungen aus dem ersten Quartal 2004 standen nur 39 000 der hessischen Arbeitsverwaltung als offen gemeldete Stellen gegenüber, reichlich 12 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Dieser deutliche Rückgang des Arbeitsplatzangebots ließ das Verhältnis Arbeitslosmeldungen zu Stellenmeldungen von 2,9 im ersten Quartal 2003 auf 3,4 im Berichtszeitraum ansteigen. Insgesamt schieden im Berichtszeitraum 120 000 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus, 14 800 oder 14 % mehr als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt der Monate Januar bis März 2004 wurden 256 700 Arbeitslose registriert, 13 700 oder knapp 6 % mehr als im ersten Quartal des Vorjahres. Die Kurzarbeit reduzierte sich dagegen im gleichen Zeitraum um 3600 oder 24 % auf noch 11 600 Personen.

Unternehmensinsolvenzen: Quo vadis?

Im ersten Vierteljahr 2004 haben die Insolvenzen von Unternehmen in Hessen um 109 oder 19,4 % auf 671 zugenommen und haben damit kräftig angezogen. Die Unternehmensinsolvenzen waren in Hessen im ersten Vierteljahr des Jahres 2003 nur um 28 (+ 5,2 %) und im letzten Quartal des Jahres 2003 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auch nur um 33 (+ 5,7 %) gestiegen. Im gesamten Jahr 2003 war durchaus eine Tendenz zur Beruhigung bei den Unternehmensinsolvenzen erkennbar. Neben dem abrupten Wiederanstieg lässt die Entwicklung in den ersten drei Monaten dieses Jahres und lassen die Veränderungen gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten (Januar: – 6 Insolvenzen, – 2,6 %; Februar: + 15, + 8,5 %; März: + 100, + 65,4 %) nun diese positive Tendenz für die Unternehmensinsolvenzen nicht mehr erkennen. Dem Analysten bleibt daher für seine Aussagen nur die interrogative Form: Wohin werden sich die Unternehmensinsolvenzen in diesem Jahr entwickeln? Das erste Quartal hat im Konnex mit der Entwicklung des Vorjahres neue Fragezeichen gesetzt.

So zeigt die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen im ersten Quartal 2004 gegenüber dem ersten Quartal 2003 auch in der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen ein uneinheitliches Bild. Am deutlichsten waren Zunahmen bei den „überwiegend für Unternehmen erbrachten Dienstleistungen“ (+ 46, + 31,5 %), im Handel (+ 31, + 29,2 %) und im Gastgewerbe (+ 22, + 88,0 %) festzustellen. Im Baugewerbe wurden dagegen im ersten Vierteljahr 2004 mit 108 (– 15,6 %) zwanzig Unternehmen weniger insolvent als im ersten Vierteljahr des Vorjahres.

Indifferent entwickelte sich bei den hessischen Unternehmen im ersten Vierteljahr des Jahres 2004 auch das regionale Insolvenzgeschehen. Die Unternehmensinsolvenzen nahmen im Vergleich zum Vorjahresquartal bei den Insolvenzgerichten im Regierungsbezirk Gießen (+ 6, + 6,7 %) am wenigsten zu und hätten hier, ohne einen starken Anstieg von 7 auf 25 im Landkreis Marburg-Biedenkopf, abgenommen. Im Regierungsbezirk Darmstadt (+ 40, + 10,2 %) stiegen die Unternehmensinsolvenzen in Frankfurt am Main (+ 25, + 23,8 %) am stärksten, gingen aber im benachbarten Offenbach am Main um ein Drittel zurück (– 6). Am kräftigsten nahmen aber die Unternehmensinsolvenzen in Hessens Norden zu, wo im Vorjahr die Entwicklung stets günstiger als in Mittel- und in Südhessen verlaufen war. Um 54 oder zwei Drittel stiegen die Unternehmensinsolvenzen im Regierungsbezirk Kassel, wozu die Stadt Kassel (+ 24, + 171,4 %) und der Landkreis Kassel (+ 27, + 225,0 %) maßgebend beitrugen.

Dem starken Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zu Anfang des Jahres 2004 haften jedoch durchaus auch positive Aspekte an. So standen im ersten Vierteljahr 2004 bei den von den Insolvenzgerichten verhandelten Verfahren lediglich

voraussichtliche Forderungen in Höhe von rund 546 Mill. Euro zur Auseinandersetzung an. Dies waren gut 100 Mill. Euro oder gut 15 % weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Und: Von den in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 gemeldeten Unternehmensinsolvenzen in Hessen waren nur 2900 Beschäftigte direkt betroffen und somit über 1000 Beschäftigte oder fast ein Viertel weniger als im ersten Quartal 2003. Dabei waren aktuell insbesondere Beschäftigte des Verarbeitenden Gewerbes (1000) und im Wirtschaftsbereich „Handel“ (über 700) von Insolvenzen ihrer Unternehmen betroffen. In deutlich mehr als der Hälfte der 671 Unternehmensinsolvenzen — nämlich in 391 Fällen — des ersten Quartals dieses Jahres waren überhaupt keine Beschäftigten von dem mutmaßlich finalen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Unternehmen betroffen. Nur bei rund 100 der 671 Insolvenzverfahren müssen jeweils mehr als 10 Beschäftigte um ihre Arbeitsplätze fürchten.

Ein letzter Wermutstropfen aus dem Anstieg der Unternehmensinsolvenzen zum Jahresanfang: Von den gegen 671 hessische Unternehmen beantragten Insolvenzverfahren führten 307 und damit weniger als die Hälfte (46 %) zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Im ersten Vierteljahr 2003 hatte die Eröffnungsquote — bei 314 eröffneten Verfahren und 562 Insolvenzen — noch deutlich höher gelegen (56 %).

Verbraucherpreise stiegen kaum

Die Verbraucherpreise waren im ersten Quartal 2004 — wie schon im letzten Vierteljahr 2003 — um 1,1 % höher als ein Jahr zuvor. In den einzelnen Monaten schwankte die Teuerungsrate dabei kräftig. Nachdem die am gleichen Monat des Vorjahres gemessene Teuerung im Januar noch 1,1 % betragen hatte, sank sie zunächst auf 0,8 % im Februar, stieg dann aber wieder auf 1,3 % im März. Dabei hat die Preisentwicklung für Heizöl und Kraftstoffe eine Beschleunigung der allgemeinen Teuerung verhindert. Heizöl war im ersten Quartal im Durchschnitt um über 14 % und Kraftstoffe waren um 4,9 % billiger als ein Jahr zuvor. Ohne Berücksichtigung dieser Mineralölprodukte wäre die Gesamtlebenshaltung im ersten Quartal um 1,4 % (nach 1,0 % im letzten Quartal 2003) teurer als ein Jahr zuvor gewesen, der Preisauftrieb hätte also deutlich angezogen.

Wegen der Auswirkungen der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen „Gesundheitsreform“ war die Gesundheitspflege für die Verbraucher im ersten Quartal um über 17 % teurer als vor Jahresfrist. Die Preise für Strom zogen um 6,6 %, für alkoholische Getränke und Tabakwaren um 4,7 % und die Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten) um 1,3 % an. Nahrungsmittel waren im ersten Quartal im Durchschnitt nur um 0,8 % teurer als vor Jahresfrist. Andererseits gingen die Preise für Kleidung und Schuhe um 2,5 % sowie für Möbel und Geräte für den Haushalt um 1,3 % zurück.

Innerhalb des ersten Quartals zog der Preisauftrieb an. Im Januar waren die Verbraucherpreise um 0,1 %, im Februar um 0,2 % und im März um 0,4 % höher als im Vormonat.

Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse für die ersten beiden Monate des zweiten Quartals 2004 zeigen, dass die Be-

schleunigung der Jahreststeuerung im März keine vorübergehende Erscheinung war. Im April lagen die Verbraucherpreise um 1,5 % und im Mai um 1,9 % höher als vor Jahresfrist. Im Mai spielte dabei die rasante Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen eine besondere Rolle. □

Veröffentlichungsreihen des Hessischen Statistischen Landesamtes

Im nachstehenden Überblick konnten nicht alle Veröffentlichungen aufgenommen werden. Ausführliche Hinweise (mit Erscheinungsfolge, regionaler Gliederung und Preisangaben) über das Veröffentlichungsprogramm gibt das „Verzeichnis der Veröffentlichungen“, das kostenlos angefordert werden kann.

Hessische Kreiszahlen

Die Veröffentlichung erscheint zweimal jährlich. Sie bringt für jeden Landkreis und für jede kreisfreie Stadt jeweils rund 400 bis 500 Daten aus den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen, dazu ausgewählte Daten für Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern sowie für den Planungsverband Frankfurt. Ein Anhang enthält „Ausgewählte Daten im Zeitvergleich“.

Hessische Gemeindestatistik

Die „Hessische Gemeindestatistik“ erscheint jährlich und enthält für jede Gemeinde und jeden Landkreis, den Planungsverband Frankfurt, den ehemaligen Umlandverband Frankfurt, den Rhein-Main-Verdichtungsraum und den Zweckverband Raum Kassel Zahlenmaterial aus den Bereichen Gebiet und Bevölkerung, Beschäftigung, Landwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bauwirtschaft und Wohnungswesen, Verkehr, Finanzen und Steuern.

Beiträge zur Statistik Hessens

In dieser Reihe werden Ergebnisse von Groß- und Sonderzählungen in ausführlicher Form veröffentlicht. Es handelt sich hier um die eigentlichen statistischen Quellen-Veröffentlichungen dieser Zählungen.

Statistische Berichte

Die Statistischen Berichte (derzeit rund 90 Reihen) erscheinen als aktuelle Informationen über das angefallene Material aus allen Sachgebieten der amtlichen Statistik. Titel und Kenn-Nummern der wichtigsten Berichte sind in allen Statistischen Landesämtern gleich; auch der Inhalt ist — sofern bundesweit verbindliche Mindestveröffentlichungsprogramme verabschiedet wurden — vergleichbar.

Statistisches Jahrbuch Hessen

Das „Statistische Jahrbuch Hessen“ besteht aus sechs Einzelbänden, die zu unterschiedlichen Terminen zweijährlich erscheinen. Die Bände haben folgende Themenschwerpunkte: Band 1: Wirtschaft und Umwelt; Band 2: Unternehmen, Erwerbstätigkeit, Gesamtwirtschaft und Preise; Band 3: Bevölkerung, Verbrauch, Wohnen und öffentliche Sicherheit; Band 4: Gesundheit, Bildung und Soziales; Band 5: Die öffentliche Hand in Zahlen: Finanzen, Personal, Steuern; Band 6: Hessen im Vergleich mit den Bundesländern und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Jeder Band liefert umfangreiches Datenmaterial zum Thema, aufbereitet in optisch ansprechenden und übersichtlichen Tabellen. Das Datenmaterial wird durch zahlreiche Schaubilder, kurze textliche Zusammenfassungen sowie durch methodische Vorbemerkungen mit Begriffserklärungen erschlossen. Jeder Band enthält eine CD-ROM mit einer PDF-Datei des kompletten Inhaltes; zusätzlich sämtliche Tabellen im Excel-Format. Ein ausführlicher Prospekt kann bei u. a. Adresse angefordert werden.

w-160



Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951

Fax: 0611 3802-992

E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de

Internet: www.statistik-hessen.de

Arbeitsvolumen in Hessen 1998 bis 2002

In der Bundesrepublik Deutschland beobachten wir seit längerem im Bereich der Arbeitswelt die Auflösung bisher bestehender Muster der abhängigen Arbeit, die als Erosion des Normalarbeitsverhältnisses bezeichnet wird. Sie drückt sich in einer wachsenden Heterogenität von Beschäftigungsformen und einer Entstandardisierung sowie Destabilisierung der Erwerbsbiografien aus. Der klassische dauerhafte, vollzeitige und sozialversicherte Erwerbsarbeitsplatz mit einem nahezu erwerbslebenslang gleichen Arbeits- und Wohnort wird immer mehr zum Relikt des Industriezeitalters. Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Mobilität, lebenslanges Lernen, Mini-Job und Ich-AG lauten die Begriffe der modernen Arbeitswelt. Die Einbringung menschlicher Arbeit in den Produktionsprozess erfolgt zunehmend punktueller, individueller und unstetiger. Die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses wird zusätzlich durch soziokulturelle Veränderungen gefördert. Das zeigt sich besonders deutlich an den Veränderungen des Erwerbsverhaltens der Frauen. Die in den Siebzigerjahren schon dominierende „Tertiärisierung“ hat den Arbeitsmarkt ebenfalls stetig umorganisiert. Der Dienstleistungssektor — und darin vor allem der Bereich der unternehmensbezogenen und sozialen Dienstleistungen — hat ein enormes Wachstum erfahren. Dienstleistungsarbeit ist häufig in höchst flexible Organisations- und Zeitstrukturen eingebettet, die weniger mit den von der Industriearbeit gewohnten standardisierten Arbeitsregelungen gemein haben.

Die zunehmende Heterogenität der Beschäftigungsverhältnisse macht es erforderlich, Produktivitätsvergleiche nicht ausschließlich auf die Zahl der Erwerbstätigen zu beziehen, sondern verstärkt auch auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Auf nationaler Ebene erarbeitet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA) seit 1969 Arbeitszeit- und Arbeitsvolumenrechnungen. 1997 wurde die nationale Arbeitszeitrechnung des IAB in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes integriert.

Auf Grund des starken Interesses an Länderergebnissen berechnet nun der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ das Arbeitsvolumen für die Länder der Bundesrepublik Deutschland. Erste Ergebnisse zum regionalen Arbeitsvolumen werden für alle Länder Deutschlands für die Jahre 1998 bis 2002 veröffentlicht. Die Darstellung des Arbeitsvolumens für einen längeren Zeitraum wäre bestimmt für die Beobachtung der regionalen Ist-Arbeitszeiten von großem Interesse. Eine Rückrechnung für die Jahre vor 1998 scheitert jedoch an der fehlenden Datengrundlage.

Die regionalen Rechnungen zum Arbeitsvolumen werden im Arbeitskreis künftig jährlich zentral vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik durchgeführt. Bei der Erstellung des Rechenmodells wurde auch auf die auf nationaler Ebene vorhandenen Kenntnisse und Erfahrungen des IAB zurückgegriffen, dem an dieser Stelle für seine Unterstützung zu danken ist. Das regionale Arbeitsvolumen ist auf das entsprechende nationale Niveau abgestimmt.

Zum Begriff „Arbeitsvolumen“ und Berechnungsmethode

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbei-

ter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mit-helfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit nicht zum Arbeitsvolumen. Ebenfalls nicht erfasst werden die nicht bezahlten Pausen für das Einnehmen von Mahlzeiten sowie die Zeit für die Fahrten von der Wohnung zum Arbeitsplatz und zurück. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Rechnungszeitraums **am Arbeitsplatz (Beschäftigungsfall)** von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb **einer Region** tatsächlich geleisteten Stunden. Es berücksichtigt **weder Intensität noch Qualität** der geleisteten Arbeit.

Grundlage der Berechnung bilden die jährlichen Erwerbstätigenangaben nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweigen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zur Berechnung der durchschnittlich tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben (gesetzliche Feiertage), tarifliche Regelungen (tarifliche Arbeitszeit, tarifliche Urlaubstage), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf, Teilzeitbeschäftigung (einschl. geringfügiger Beschäftigung) sowie Erziehungsurlaub und Altersteilzeit berücksichtigt.

Als Quellen zur Berechnung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit werden — neben den Geschäftsstatistiken der Bundesagentur für Arbeit — die Ergebnisse der Mikrozensus-Stichprobenerhebung (Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt), das Tarifarchiv des Wirt-

Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen am Arbeitsort nach Ländern

Land	Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen									
	1998	1999	2000	2001	2002	Zu- bzw. Abnahme (–) in %				
						jeweils gegenüber dem Vorjahr				2002 gegenüb. 1998
						1999	2000	2001	2002	
Baden-Württemberg	1 450	1 444	1 435	1 428	1 423	– 0,5	– 0,6	– 0,5	– 0,4	– 1,9
Bayern	1 474	1 472	1 458	1 450	1 449	– 0,2	– 0,9	– 0,6	– 0,1	– 1,7
Berlin	1 530	1 523	1 513	1 497	1 494	– 0,5	– 0,7	– 1,0	– 0,2	– 2,3
Brandenburg	1 603	1 582	1 567	1 554	1 537	– 1,3	– 1,0	– 0,8	– 1,1	– 4,1
Bremen	1 454	1 450	1 427	1 416	1 414	– 0,2	– 1,6	– 0,8	– 0,1	– 2,8
Hamburg	1 493	1 497	1 486	1 477	1 468	0,2	– 0,7	– 0,7	– 0,6	– 1,7
H e s s e n	1 482	1 481	1 470	1 459	1 453	– 0,0	– 0,8	– 0,7	– 0,4	– 1,9
Mecklenburg-Vorpommern	1 597	1 573	1 554	1 542	1 525	– 1,5	– 1,2	– 0,8	– 1,1	– 4,5
Niedersachsen	1 457	1 453	1 440	1 421	1 418	– 0,3	– 0,9	– 1,3	– 0,2	– 2,7
Nordrhein-Westfalen	1 468	1 452	1 431	1 414	1 406	– 1,1	– 1,4	– 1,2	– 0,6	– 4,2
Rheinland-Pfalz	1 464	1 452	1 436	1 419	1 412	– 0,8	– 1,1	– 1,2	– 0,5	– 3,6
Saarland	1 468	1 450	1 419	1 402	1 396	– 1,2	– 2,2	– 1,2	– 0,5	– 4,9
Sachsen	1 581	1 559	1 535	1 516	1 502	– 1,4	– 1,6	– 1,3	– 0,9	– 5,0
Sachsen-Anhalt	1 602	1 579	1 553	1 541	1 524	– 1,4	– 1,6	– 0,7	– 1,1	– 4,9
Schleswig-Holstein	1 454	1 452	1 443	1 427	1 417	– 0,1	– 0,7	– 1,1	– 0,7	– 2,5
Thüringen	1 595	1 577	1 559	1 545	1 527	– 1,1	– 1,1	– 0,9	– 1,1	– 4,2
D e u t s c h l a n d	1 489	1 479	1 463	1 450	1 443	– 0,7	– 1,1	– 0,9	– 0,5	– 3,1
Alte Bundesländer ohne Berlin	1 466	1 459	1 444	1 431	1 426	– 0,5	– 1,0	– 0,9	– 0,4	– 2,7
Neue Länder ohne Berlin	1 593	1 572	1 551	1 536	1 520	– 1,3	– 1,3	– 1,0	– 1,0	– 4,6

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. — Ab 2000 vorläufige Werte.

schafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandsstatistik und die Statistik des Personals im öffentlichen Dienst verwendet. Die Berechnungen erfolgen getrennt nach der Stellung im Beruf (mit den Merkmalsausprägungen „Selbstständige“ und „mithelfende Familienangehörige“ einerseits sowie „Arbeitnehmer“ andererseits) und nach sechs Wirtschaftsbereichen. Für verschiedene Komponenten (z. B. Erziehungsurlaub, Arbeitszeitkonten) liegen keine länderspezifischen Angaben vor. Die Bundesansätze werden dann mit geeigneten Schlüsselgrößen auf die Länder verteilt.

Deutlich höheres Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in den neuen Ländern

In Deutschland leistete im Jahr 2002 jeder Erwerbstätige durchschnittlich 1443 Arbeitsstunden, 46 Stunden oder 3,1 % weniger als 1998. Deutliche Unterschiede in der jährlich geleisteten Arbeitszeit zeigen die Ergebnisse für die alten und neuen Bundesländer. In den neuen Ländern ohne Berlin arbeitete 2002 ein Erwerbstätiger im Durchschnitt 1520 Stunden, das waren 94 Stunden oder 6,6 % mehr als sein Kollege in den alten Ländern (1426 Arbeitsstunden). Im Jahr 1998 betrug die Differenz der jährlichen Arbeitszeit noch 127 Stunden. Die geleistete Arbeitszeit verringerte sich in den neuen Bundesländern ohne Berlin von 1998 auf 2002 um 4,6 % oder 73 Stunden und in den alten Ländern ohne Berlin um 2,7 % oder 40 Stunden.

Hessische Erwerbstätige arbeiteten 2002 durchschnittlich 1453 Stunden

Im Jahr 2002 leistete in Hessen jeder Erwerbstätige durchschnittlich 1453 Arbeitsstunden. Das waren 29 Stunden oder 1,9 % weniger als 1998. Das von den rund 3 Mill. hessischen Erwerbstätigen erbrachte gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen, das sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen ergibt, belief sich 2002 auf knapp 4,4 Mrd. Arbeitsstunden. Gegenüber 1998 erhöhte sich die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden um 2,4 %; die Zahl der Erwerbstätigen stieg im gleichen Zeitraum sogar um 4,4 %.

Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in Hessen 1998 bis 2002

Jahr	Erwerbstätige		
	Arbeitsvolumen in Mill. Stunden	In 1000	Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen in Stunden
1998	4 283,6	2 891,4	1 482
1999	4 333,0	2 925,3	1 481
2000	4 399,8	2 993,1	1 470
2001	4 415,8	3 026,0	1 459
2002	4 386,5	3 018,3	1 453

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“. — Ab 2000 vorläufige Werte.

Im Betrachtungszeitraum dürften sich die „realen“ Arbeitszeiten auf Grund der wirtschaftlichen Lage kaum merklich verringert haben; vielmehr ist der Rückgang der durch-

schnittlichen Jahresarbeitszeit auf die verstärkte Zunahme von Teilzeitarbeit zurückzuführen. □

Hebesätze der Realsteuern

Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Veröffentlichung **„Hebesätze der Realsteuern“** enthält für alle Gemeinden und Städte Deutschlands die Hebesätze der

◆ Grundsteuer A

◆ Grundsteuer B

◆ Gewerbesteuer



CD-ROM: Format: Excel 5.0/95 oder Excel 2000 oder ASCII

Außerdem enthält die CD-ROM die Einwohnerzahlen zum Stichtag 30. Juni, um die Möglichkeit der Bildung von Einwohnergrößenklassen zu schaffen. Die Hebesätze sind entweder für alle Gemeinden Deutschlands oder gezielt für die Gemeinden einzelner Bundesländer abrufbar.

Die Hebesätze werden von den kommunalen Körperschaften zur Festsetzung der durch den Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A), für sonstige Grundstücke (Grundsteuer B) bzw. als Gewerbetreibender (Gewerbesteuer) zu entrichtenden Steuer autonom bestimmt.

„Hebesätze der Realsteuern“ ist gemeinsam erstellt von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-115

STATISTIK HESSEN

**Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden**
Telefon: 0611 3802-951 Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Agrarstrukturerhebung in Hessen 2003 — Ergebnisse der Stichprobenerhebung

Im Jahr 2003 war eine allgemeine Agrarstrukturerhebung (ASE) durchzuführen. Um trotz des umfangreichen Merkmalkatalogs der ASE Ergebnisse bereitstellen zu können, werden im folgenden Beitrag hochgerechnete Daten des Stichprobenteils dargestellt¹⁾. Dieser umfasste rund 7400 Betriebe von insgesamt ca. 36 000 befragten Einheiten²⁾. Endgültige Ergebnisse der Erhebung werden ab dem zweiten Halbjahr 2004 vorliegen. Nach den Ergebnissen der ASE wirtschafteten im Mai 2003 in Hessen noch 24 200 landwirtschaftliche Betriebe, davon waren 23 100 Einheiten Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) (755 800 ha) wurde zu 63 % als Ackerland, zu 36 % als Grünland und zu 1 % für den Anbau von Sonderkulturen genutzt. In 19 300 oder knapp 80 % aller landwirtschaftlichen Betriebe wurde Vieh gehalten, und gut 5 % aller Betriebe wirtschafteten nach den Regelungen der EG-Öko-Verordnung auf insgesamt 51 100 ha LF.

Abnahme der Betriebe insgesamt, aber leichter Anstieg bei den Haupterwerbsbetrieben

Gegenüber der Vorerhebung im Jahr 2001 ging die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 3200 oder knapp 12 % zurück. Dieser starke Rückgang war allerdings nicht bei der bewirtschafteten Fläche zu beobachten. Wurden im Jahr 2001 noch 766 300 ha LF ermittelt, so ging diese im Jahr 2003 nur um gut 1 % auf 755 800 ha LF zurück. Die Zahl der Betriebe — hier Rechtsform Einzelunternehmen —, die im Haupterwerb wirtschafteten, stieg gegenüber der Erhebung 2001 leicht um ca. 50 Betriebe auf nunmehr 8250 Betriebe. Demgegenüber sank die Zahl der Betriebe, die im Nebenerwerb geführt wurden, um 2500 auf nun 14 850. Dieses recht ungewöhnliche Ergebnis hat mehrere Ursachen. Auf der einen Seite gab es methodische Änderungen³⁾ in der Erfassung der Arbeitskräfte. Während in der Vergangenheit — sprich mit den Arbeitskrafterhebungen in der Landwirtschaft 1949 bis 1991 — die Abbildung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Familienarbeitskräfte im Vordergrund stand, hat sich seit 1999 die Art der Betrachtung auf die Arbeitsleistung⁴⁾ im landwirtschaftlichen Betrieb insgesamt verschoben. Wichtigste Änderung in der Erhebung 2003 war, dass erstmals in einer Arbeitskrafterhebung als Berichtszeitraum

„Mai des Vorjahres bis zum April des Berichtsjahres“ anstelle des alleinigen Berichtsmonats April gewählt wurde. Somit wiesen Betriebe mit Sonderbaukulturen mehr Arbeitskräfte nach als in den vergangenen Erhebungen. Darüber hinaus wurde die bisherige Nachweisung der absoluten Stundenzahl zu Gunsten der Erfassung in Arbeitszeitgruppen umgewandelt. Dies bewirkt in jedem Fall eine Unschärfe in der Erfassung innerhalb der jeweiligen Arbeitszeitgruppe⁵⁾.

Auf der anderen Seite trägt auch ein Mangel an außerbetrieblichen Erwerbsmöglichkeiten dazu bei, dass Betriebe, die früher noch Bezieher von außerbetrieblichem Einkommen waren, nun auf Grund der alleinigen Tätigkeit in der Landwirtschaft als Haupterwerbsbetrieb eingestuft werden bzw. sich selbst als solchen einstufen. Vielfach war auch zu beobachten, dass landwirtschaftliche Betriebe mittels Einkommenskombinationen, die im direkten Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betrieb stehen, wie Direktvermarktung, vertraglichen Arbeiten (z. B. Kommunalarbeiten), Erzeugung von erneuerbaren Energien und Ähnlichem, trotz relativ geringer Faktorausstattung an Vieh bzw. Fläche sich als Haupterwerbsbetriebe einstufen.

9 Schweine mehr je Betrieb als noch in 2001 — die Viehbestände je Betrieb wachsen weiter

In der Viehhaltung findet nach wie vor eine Konzentration der Tierbestände auf „größere“ Einheiten statt. Gegenüber der Vorerhebung 2001 wurden — jeweils bezogen auf die Vieh haltenden Betriebe der Tierart — 2 Rinder bzw. 9 Schweine mehr gehalten. Der durchschnittliche Rinderbestand beträgt nun 43 Rinder je Betrieb, wobei hessenweit knapp 500 000 Rinder in 11 500 Betrieben gehalten wurden. In den rund 5500 Betrieben mit Milchkuhhaltung nahm die Anzahl der Tiere je Betrieb um 2 auf nun 29 Milchkühe zu, die meisten der 161 100 Milchkühe wurden in Beständen zwischen 10 bis unter 50 Tieren gehalten. 4450 Betriebe hielten 41 250 Mutter- und Ammenkühe und 5300 Betriebe knapp 37 000 Pferde. Damit verringerte sich gegen-

1) Zu den unterschiedlichen Merkmalkatalogen des Stichproben- sowie des Nichtstichprobenteils der allgemeinen Agrarstrukturerhebung siehe auch: „Die Novelle des Agrarstatistikgesetzes“ in Staat und Wirtschaft, 57. Jahrg., Heft 10/Okttober 2002, Seite 290 ff.

2) Erfassungsgrenzen der ASE waren Betriebe mit 2 ha LF oder mehr, oder Betriebe mit weniger als 2 ha LF, aber mindestens

— jeweils 8 Rindern oder Schweinen oder

— 20 Schafen oder

— jeweils 200 Legehennen oder Junghennen oder Schlacht-, Masthähnchen, -hühnern und sonstigen Hähnen oder Gänsen, Enten und Truthühnern oder

— 10 ha Waldfläche oder

— Sonderkulturen wie z. B. 30 Ar Rebland, 3 Ar Unterglasanlagen, Gemüse u. Ä.

3) Vgl. Wirtschaft und Statistik 10/2003, S. 922 ff. „Zur Methodik der Arbeitskrafterhebungen in den landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands 1991 bis 2003“.

4) Arbeitsleistung: Die Arbeitsleistung wird über die so genannten Arbeitskräfteinheiten (AKE) definiert. Eine AKE entspricht dabei einer voll erwerbsfähigen Person, die das ganze Jahr über mit betrieblichen Arbeiten beschäftigt ist.

5) Beispielsweise werden in der Arbeitszeitgruppe „Überwiegend beschäftigt“ Beschäftigte, deren durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Woche zwischen 31 bis unter 42 Stunden oder 180 bis unter 240 Jahresarbeitstage beträgt, erfasst.

über 2001 der Mutter- und Ammenkuhbestand um 1500 Tiere, während die Zahl der Betriebe um rund 250 abnahm. Die Zahl der Betriebe mit Pferdehaltung blieb konstant, allerdings nahm die Zahl der Pferde um knapp 2500 Tiere zu. Eine wachsende Bedeutung der Pferdehaltung war auch daran erkennbar, dass innerhalb des erstmals erfragten Merkmalskomplexes der Einkommenskombinationen die Angabe „Pferdepension“ häufig genannt wurde.

Mit 76 Schweinen je Betrieb wurden von den 10 900 Schweine haltenden Betrieben 9 Schweine mehr gehalten als noch im Jahr 2001. Der Schweinebestand war mit 830 000 Tieren insgesamt im Vergleich zu 2001 sogar leicht um 3000 Tiere angestiegen. In der Untergruppe der Zuchtsauen haltenden Betriebe nahm der durchschnittliche Bestand je Betrieb nur um 1 Tier zu, sodass nun 26 Zuchtsauen je Betrieb gehalten wurden. Insgesamt gab es in Hessen knapp 2900 Betriebe mit Zuchtsauenhaltung, die zusammen 74 100 Sauen hielten.

Die Betriebsstruktur im Bereich der Eierzeugung war ebenfalls sehr ungleichmäßig verteilt. Während allein 0,2 % aller Legehennen haltenden Betriebe 55 % der Tiere hielten wurden auf der anderen Seite der Skala gut 95 % der Legehennen haltenden Betriebe ermittelt, die nur knapp 11 % aller Tiere hielten. Dabei war die hessische Erzeugerstruktur noch als kleinbetrieblich zu bezeichnen. Der Anteil Hessens an der Eierzeugung betrug mit 6800 Legehennen haltenden Betrieben zwar immerhin knapp 8 % der deutschen Betriebe in diesem Bereich, aber mit gut 1,24 Mill. Legehennen nur rund 3 % des deutschen Legehennenbestandes. Ebenfalls von Kleinbetrieben geprägt waren die hessischen Strukturen in der Truthuhnhaltung. Hier hielten 230 Betriebe rund 150 000 Truthühner, deutschlandweit waren dies 2700 Betriebe mit 10,58 Mill. Truthühnern. Die Anteile Hessens am Bundesergebnis betrugen somit gut 8,5 % der Betriebe, aber nur 1,4 % des Bestandes.

Über drei Viertel der Betriebe wirtschafteten mit Pachtflächen

2003 wirtschafteten über drei Viertel der Betriebe in Hessen mit Pachtflächen, der Anteil der Pachtflächen an der LF insgesamt betrug 490 100 ha oder knapp 65 %. Im früheren Bundesgebiet betrug dieser Anteil knapp 54 % und in den neuen Ländern 85 %. Von den nachgewiesenen 24 200 Betrieben wirtschafteten 20 600 Betriebe sowohl mit eigener als auch mit gepachteter LF, während gut 3600 Betriebe gänzlich ohne eigene LF arbeiteten. Immerhin bewirtschafteten diese Betriebe 100 200 ha LF, was einer durchschnittlichen Pachtfläche von gut 27 ha LF je Betrieb entspricht. Etwa jeder achte Hektar LF, der gepachtet wurde, wurde innerhalb der Familienangehörigen weitergegeben. So waren unter

6) Die „Wachstumsschwelle“ ist ein auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche bezogener Grenzwert der Betriebsgröße. Unterhalb dieses Grenzwertes nimmt die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ab und oberhalb dieser Grenze nimmt sie zu.

Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) in Hessen am 3. Mai 2001 und 3. Mai 2003

Art der Angabe	2001	2003 ¹⁾
Betriebe ¹⁾	27 429	24 200
Einzelunternehmen	25 536	23 100
davon		
Haupterwerbsbetriebe	8 203	8 250
Nebenerwerbsbetriebe	17 333	14 850
Viehhaltung ²⁾	21 585	19 300
und zwar		
Betriebe mit Rinderhaltung	13 394	11 500
Rinder	542 556	500 000
Betriebe mit Schweinehaltung	12 397	10 900
Schweine	827 002	830 000
Ökologisch wirtschaftende Betriebe ²⁾	1 430	1 300
Ökologisch bewirtschaftete LF (in ha) ²⁾	52 251	51 100

1) Repräsentativergebnisse. — 2) Für 2001 Totalergebnis.

den knapp 18 500 Betrieben mit 490 100 ha LF Pachtfläche fast 16 800 Betriebe mit 429 400 ha LF, die Flächen von familienfremden Personen und 5600 Betriebe mit 60 700 ha LF, die Flächen von Familienangehörigen gepachtet hatten. Bemerkenswert ist der Anteil von 1,5 % oder rund 11 000 ha der hessischen LF, die knapp 1500 Betriebe unentgeltlich zur Bewirtschaftung erhielten. Diese Flächen dürften überwiegend in den Ungunstlagen bzw. auf kleinen Flurstücken anzutreffen sein.

In Hessen wirtschafteten knapp 6 % aller deutschen Landwirte

Deutschlandweit gab es 388 700 landwirtschaftliche Betriebe ab 2 ha LF, die 17,0 Mill. ha LF bewirtschafteten. Darunter waren knapp 6 % Landwirte aus Hessen, die 4,4 % der deutschlandweiten LF besaßen. Im Ernährungs- und agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung 2004 (Seite 31 f) wird die Wachstumsschwelle⁶⁾ für Betriebe mit über 75 ha LF je Betrieb angegeben, eine Größenordnung, die bei den hessischen Betrieben bereits in der ASE 2001 nachgewiesen wurde. Im Mai 2003 bewirtschafteten hessische Haupterwerbsbetriebe durchschnittlich gut 55 ha LF, Nebenerwerbsbetriebe knapp 15 ha LF, während deutschlandweit im Haupterwerb gut 51 ha LF und im Nebenerwerb rund 12,5 ha LF bewirtschaftet wurden. Die durchschnittliche Flächenausstattung im früheren Bundesgebiet je Haupterwerbsbetrieb betrug sogar nur gut 47 ha LF. Während die Flächenausstattung der hessischen Betriebe im Vergleich zu Deutschland überdurchschnittlich war, traf dies nicht auf die Viehhaltung zu. In den wichtigen Tierkategorien Milchkühe, Mastschweine und Zuchtsauen war der Anteil Hessens an den Betrieben immer größer als der Anteil an der Tierzahl. So waren gut 11 % der deutschen Mastschweinehalter zwar hessische Betriebe, sie hielten jedoch nur 3,5 % des deutschen Bestandes. Gleiches galt für Milchkühe (4,4 % der Betriebe und 3,6 % des Bestandes) und Zuchtsauen (7,4 bzw. 2,9 %).

Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe rückläufig

Im Mai 2003 wurden von den 24 200 hessischen Betrieben 1300 Betriebe bzw. gut 5 % nach den Regeln der EG-Öko-Verordnung bewirtschaftet. Diese Betriebe bewirtschafteten 51 100 ha bzw. knapp 7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche Hessens. Entgegen dem Bundestrend nahm damit die Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Hessen um 130 und die bewirtschaftete Fläche um fast 1200 ha LF gegenüber dem Jahr 2001 ab. Mit durchschnittlich über 39 ha LF waren die ökologisch wirtschaftenden Betriebe gut 8 ha größer als der durchschnittliche hessische Betrieb. Von diesen 1300 Betrieben bewirtschafteten 830 Betriebe 17 700 ha Ackerland und 1240 Betriebe 33 100 ha Grünland.

87 % bzw. 1130 ökologisch wirtschaftende Betriebe hielten zum Zeitpunkt der ASE Tiere. Darunter waren 930 Rinder haltende Betriebe (darunter 260 Betriebe mit Milchviehhaltung) und 340 Betriebe hielten Schweine (darunter 70 Betriebe mit Zuchtsauenhaltung). Die Mutter- und Ammenkuhhaltung war im ökologischen Landbau stark verbreitet. 670 bzw. mehr als die Hälfte der Öko-Betriebe hielten diese Tierart und mit 4450 Tieren fast 22 % des hessischen Bestandes. Anders die Schweinehaltung. Nur gut jeder vierte Öko-Betrieb hielt Schweine, im Schnitt aller landwirtschaftlichen Betriebe war dies fast bei jedem zweiten der Fall (45 %). Der ökologisch wirtschaftende Vieh haltende Betrieb hielt 2003 in Hessen durchschnittlich 41,6 Rinder bzw. 26,6 Milchkühe und/oder 35 Schweine bzw. 13 Zuchtsauen. □

Hessische Kreiszahlen

Ausgewählte Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern*, für den *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, kartoniert.

Neu: Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe III/97)

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher.

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf.



Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.
Hessisches Statistisches Landesamt . 65175 Wiesbaden

w-109

Verdienste

Nettoverdienste erstmals seit zwei Jahren wieder stärker als Bruttoverdienste gestiegen

Die Nettoverdienste der Arbeitnehmer in Hessen sind wegen dem zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Teil der Einkommensteuerreform wieder stärker als die Bruttoverdienste gestiegen. Dies war zuletzt Ende 2001 der Fall. Die vollzeitbeschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten in der hessischen Industrie, in der Energie- und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau (Produzierendes Gewerbe ohne Handwerk) verdienten im Januar 2004 einschließlich aller Zulagen und Zuschläge im Durchschnitt 3024 Euro **brutto im Monat** (einmalige Zahlungen wie Weihnachtsgeld, Gratifikationen oder 13. Monatsgehalt sind hierin nicht enthalten). Das waren 2,6 % mehr als ein Jahr zuvor. Im Oktober 2003 hatte die entsprechende Zunahme 2,1 und im Juli 1,9 % betragen (siehe auch Schaubild auf Seite 105).

Nach Modellrechnungen blieben einem verheirateten Arbeitnehmer mit nicht berufstätigem Ehepartner und zwei Kindern (Steuerklasse III/2) von diesem Bruttoverdienst

2093 Euro **netto pro Monat** übrig. Das waren 4,0 % mehr als ein Jahr zuvor. Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder (Steuerklasse I) errechnen sich mit einem Nettoverdienst von 1703 Euro 4,4 % mehr als vor Jahresfrist. Bei diesen Modellrechnungen wurden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge vom Bruttoverdienst abgezogen. Der stärkere Anstieg der Netto- gegenüber den Bruttoverdiensten ist auf Entlastungen bei der Lohnsteuer und dementsprechend auch bei der Kirchensteuer und dem Solidaritätszuschlag zurückzuführen. Da die Verbraucherpreise im Januar um 1,1 % höher waren als ein Jahr zuvor, ergibt sich für das Ehepaar mit zwei Kindern rechnerisch ein Anstieg des Netto-Realverdienstes um 3,0 % und für den alleinstehenden Arbeitnehmer einer von 3,3 %.

Im Einzelnen lag im Produzierenden Gewerbe (ohne Handwerk) der durchschnittliche Bruttomonatslohn der Arbeiterinnen und Arbeiter im Januar 2004 mit 2531 Euro um 2,5 % über dem Vorjahresmonat und bei den Angestellten stieg das Bruttomonatsgehalt um 2,4 % auf 3792 Euro. Im Fahrzeugbau wurde dieses Verdienstniveau deutlich überschritten. Die Arbeiterinnen und Arbeiter erzielten hier im Durchschnitt mit 2873 Euro brutto pro Monat um 13,5 % und die Angestellten mit 4183 Euro etwas über 10 % mehr als im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes. In der Chemischen Industrie sieht es ähnlich aus. Die Arbeiterinnen und Arbeiter verdienten dort knapp 11 % und die Angestellten 5,5 % mehr als im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes. In der Energie- und Wasserversorgung hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Januar 2004 mit 2890 Euro um 4,0 % mehr als im Januar 2003 verdient. Die Angestellten mit 3595 Euro um 3,8 %.

*) Tel.: 0611 3802-635 · E-Mail: thefner@statistik-hessen.de

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen/Arbeiter und Angestellten im Produzierenden Gewerbe in Hessen im Januar 2004 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig ¹⁾	Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst					
	Arbeiterinnen/Arbeiter			Angestellte ²⁾		
	Januar 2004	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber		Januar 2004	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber	
		Januar	Oktober		Januar	Oktober
		2003			2003	
	Euro	%		Euro	%	
Energie- und Wasserversorgung	2 890	4,0	0,1	3 595	3,8	1,6
Fahrzeugbau	2 873	3,4	– 0,9	4 183	2,1	– 0,0
Chemische Industrie	2 802	1,1	0,5	4 002	2,5	0,1
Maschinenbau	2 595	3,6	– 0,5	3 824	2,8	0,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 421	3,0	1,0	3 542	3,4	0,8
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	2 391	2,2	– 1,2	3 547	2,2	1,0
Hoch- und Tiefbau	2 356	0,1	– 6,9	3 687	2,4	– 0,9
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	2 118	6,3	0,5	4 345	3,8	2,8
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 109	– 2,9	– 0,7	3 565	– 0,8	– 4,4
Ledergewerbe	2 104	4,8	4,2	2 740	– 2,6	– 1,7
Textil- und Bekleidungsgewerbe	1 995	3,9	2,0	2 888	0,3	0,5
Produzierendes Gewerbe insgesamt	2 531	2,5	– 0,9	3 792	2,4	0,6

1) Geordnet nach der Höhe der Arbeiterverdienste. — 2) Männer und Frauen.

terinnen und Arbeiter sogar über 14 % brutto pro Monat mehr, die Angestellten aber gut 5 % weniger als im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes.

Die niedrigsten Durchschnittsverdienste wurden im Ledergewerbe sowie im Textil- und Bekleidungsgewerbe registriert. Im Ledergewerbe verdienten die Arbeiterinnen und Arbeiter mit 2104 Euro rund 17 % und die Angestellten mit 2740 Euro 28 % weniger als im Durchschnitt des Produzierenden Gewerbes. Im Textil- und Bekleidungsgewerbe waren es bei den Arbeiterinnen und Arbeitern mit 1995 Euro gut 21 % und bei den Angestellten mit 2888 Euro knapp 24 % weniger.

Hinter diesen Unterschieden der Durchschnittsverdienste nach Wirtschaftszweigen stehen neben echten Unterschieden des jeweiligen Verdienstniveaus auch Unterschiede in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft nach besser oder nicht so gut verdienenden Arbeitnehmergruppen. Erhebliche Unterschiede existieren z. B. zwischen den Verdiensten von Männern und Frauen (was allerdings nicht vollständig durch „Lohndiskriminierung“ erklärt werden kann) und den Verdiensten nach Leistungsgruppen. So waren z. B. in der Energie- und Wasserversor-

gung über 98 % der Arbeiterinnen und Arbeiter Männer, im Fahrzeugbau lag ihr Anteil bei knapp 94 % und in der Chemischen Industrie bei über 86 %. Dagegen waren es im Textil- und Bekleidungsgewerbe nur gut 71 % und im Ledergewerbe gut 56 %. Bei den Angestellten ist der Anteil der Frauen in der Chemischen Industrie und im Fahrzeugbau zwar etwas höher, grundsätzlich sind diese Strukturunterschiede im Angestelltenbereich (abgesehen von der Energie- und Wasserversorgung) aber ähnlich.

Im Kreditgewerbe war das Bruttomonatsgehalt der Angestellten im Januar 2004 im Durchschnitt mit 3980 Euro um 3,9 % höher als ein Jahr zuvor, und im Versicherungsgewerbe stieg es um 3,0 % auf 3616 Euro. Im Handel sowie der Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (ohne Handwerk) nahm es um 1,6 % auf 3166 Euro zu. Im Einzelhandel war der Bruttoverdienst mit 2513 Euro besonders niedrig.

Theo Hefner*)

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2001	2002	2002			2003			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	August	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	6077,8 ¹⁾	6091,6 ¹⁾	6 090,5	6 093,2	6 092,6	6 091,1	6 092,6	6 094,5	6 093,8
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen	Anzahl	2 486	2 539	2 711	2 250	1 884	3 931	2 860	2 396	1 561
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	4,9	5,0	5,4	4,3	3,8	7,6	5,7	4,6	3,1
* Lebendgeborene	"	4 686	4 610	4 689	5 013	4 118	4 544	4 900	4 793	4 004
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,3	9,1	9,4	9,7	8,2	8,8	9,8	9,3	8,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	"	4 948	5 031	4 683	5 250	4 745	5 373	4 925	4 941	4 534
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	9,8	9,9	9,4	10,1	9,5	10,4	9,8	9,5	9,1
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	19	20	21	18	14	26	17	22	16
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,2	4,5	4,5	3,6	3,4	5,7	3,5	4,6	4,0
* Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 262	- 420	6	- 237	- 627	- 829	- 25	- 148	- 530
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,5	- 0,8	0,0	- 0,5	- 1,3	- 1,6	- 0,0	- 0,3	- 1,1
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	14 598	13 993	15 846	17 230	12 588	14 913	16 664	16 606	12 420
* darunter aus dem Ausland	"	6 442	6 079	7 229	7 308	5 158	6 451	7 264	6 998	5 415
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	13 528	12 423	14 281	14 287	12 544	13 804	15 139	14 548	12 533
* darunter in das Ausland	"	6 209	5 274	6 139	5 733	5 766	5 628	6 482	5 740	5 935
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 070	1 570	1 565	2 943	44	1 109	1 525	2 058	- 113
* Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	"	17 943	18 322	18 281	20 999	18 478	18 737	20 624	19 750	17 903
		2002	2003	2003			2004			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
ARBEITSMARKT ³⁾										
* Arbeitslose am Monatsende	Anzahl	213 583	241 998	249 718	247 062	244 698	258 838	261 105	256 826	253 860
* und zwar Frauen	"	91 432	102 028	101 297	101 307	101 801	106 748	107 163	106 426	107 219
Männer	"	122 151	139 970	148 421	145 755	142 897	152 090	153 942	150 400	146 641
* Ausländer	"	45 295	50 760	51 566	51 752	51 726	54 443	54 797	54 463	53 844
* Jüngere unter 25 Jahren	"	25 479	28 993	30 906	29 932	28 457	29 976	31 683	30 632	29 053
* Arbeitslosenquote ⁴⁾ insgesamt	%	7,8	8,8	9,1	9,0	8,9	9,4	9,5	9,3	9,2
* und zwar der Frauen	"	7,1	7,9	7,8	7,8	7,9	8,2	8,2	8,2	8,2
Männer	"	8,4	9,6	10,2	10,0	9,8	10,5	10,6	10,3	10,1
* Ausländer	"	15,2	16,9	17,2	17,3	17,3	18,0	18,2	18,1	17,9
* Jüngere unter 25 Jahren	"	7,0	8,0	8,4	8,1	7,7	8,3	8,8	8,5	8,0
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	Anzahl	15 297	17 651	15 268	15 966	27 660	10 745	11 873	12 264	11 829
* Gemeldete Stellen am Monatsende	"	31 376	25 985	28 884	30 402	30 489	21 654	24 975	25 790	24 498
		2001	2002	2001			2002		2003	
		30.6.		Sept.	Dez.	März	Sept.	Dez.	März	Juni
ERWERBSTÄTIGKEIT ⁵⁾⁶⁾										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort insgesamt ^{7) 8)}	1000	2 203,3	2 192,6	2 240,4	2 223,5	2 203,5	2 214,7	2 187,1	2 163,8	2 150,8
* und zwar Frauen	"	952,2	956,4	970,2	968,0	964,9	969,1	962,3	956,2	946,3
* Ausländer	"	228,5	225,2	231,9	228,9	227,3	226,0	221,1	218,3	215,3
* Teilzeitbeschäftigte	"	337,9	350,7	341,8	345,2	348,2	352,6	354,5	355,3	355,8
* darunter Frauen	"	284,9	293,8	287,8	289,7	292,3	295,0	295,4	296,6	297,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen ⁷⁾										
davon										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	"	13,8	14,0	14,1	12,5	13,1	14,1	12,3	12,7	13,4
darunter Frauen	"	3,7	3,7	3,8	3,4	3,6	3,8	3,5	3,5	3,6
* Produzierendes Gewerbe oh. Baugewerbe	"	545,8	533,3	551,2	545,8	537,7	532,3	525,9	517,9	513,8
darunter Frauen	"	140,0	135,8	140,8	138,9	137,4	136,0	134,0	132,3	130,4
* Baugewerbe	"	120,4	114,0	123,5	116,8	112,0	115,7	108,7	105,7	108,7
darunter Frauen	"	14,7	14,1	14,9	14,7	14,4	14,1	13,8	13,5	13,4
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	"	562,5	556,0	571,7	566,6	560,4	560,8	554,3	545,1	539,7
darunter Frauen	"	248,4	246,7	252,9	251,2	249,1	248,6	246,0	242,2	239,7
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	"	465,5	470,9	475,3	473,4	472,5	477,3	469,8	467,2	462,7
darunter Frauen	"	211,9	214,9	216,9	216,2	216,1	217,8	214,8	214,4	211,1
* öffentliche und private Dienstleister	"	494,2	504,1	504,4	507,9	507,4	514,3	516,1	514,5	512,3
darunter Frauen	"	333,2	341,2	340,7	343,3	344,1	348,8	350,1	349,9	348,1

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Am 31.12. — 2) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 3) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen; Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. — 4) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 5) Quelle: Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit; (vorläufige Werte). — 6) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 7) Dateistand: Für 30.06. 2001 bis 30.09. 2001: Mai 2002; für 31.12.2001: Juni 2002; für 31.03.2002: Oktober 2002; für 30.06.2002: Februar 2003; für 30.09.2002: März 2003; für 31.12.2002: Juli 2003; für 31.03.2003: September 2003; für 30.06.2003: Dezember 2003. — 8) Einschl. Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	2002	2003	2003				2004		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	6 516	5 737	6 646	6 720	6 299	4 703	5 915	6 082	6 453
Kälber	"	277	161	109	135	205	297	100	118	172
Schweine	"	85 364	68 463	80 674	73 180	78 050	59 366	63 393	58 798	71 910
darunter hausgeschlachtet	"	5 883	4 861	8 465	6 928	7 195	4 058	7 204	6 081	6 702
Schlachtmengen ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht (ohne Geflügel)	Tonnen	9 835	8 213	9 065	8 685	8 876	7 184	7 482	7 282	8 478
darunter von										
* Rindern (ohne Kälber)	"	1 791	1 614	1 796	1 816	1 683	1 332	1 661	1 660	1 718
* Kälbern	"	22	13	9	11	18	21	10	11	8
* Schweinen	"	7 438	5 988	6 837	6 241	6 683	5 197	5 311	5 019	6 191
Geflügel:										
* Geflügelfleisch ³⁾	"	.	2 352	1 619	1 426	1 614	2 727	2 883	2 583	3 039
* Erzeugte Konsumeier ⁴⁾	1000 St.	29 579	27 128	26 536	27 665	29 517	27 442	26 622	23 980	23 690
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	84 208	84 207	85 006	80 062	87 486	81 712	86 132	83 521	87 921
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	80 529	80 817	81 540	76 931	84 020	78 231	82 651	80 264	84 440
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,5	17,6	17,4	18,1	17,9	16,7	17,6	18,2	18,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁵⁾										
* Betriebe	Anzahl	3 348	3 183	3 209	3 217	3 206	3 147	3 211	3 195	3 189
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	452,2	435,9	439,9	439,7	438,9	429,6	430,4	428,8	428,8
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	263,0	251,4	253,8	253,8	252,9	246,5	247,2	245,8	245,4
* Geleistete Arbeitsstunden	"	.	54 723	56 720	55 971	57 134	48 434	54 171	53 957	60 007
Bruttolohnsumme	Mill. EUR	656,6	649,6	617,2	595,7	614,3	634,5	612,2	589,1	621,8
* Bruttogehaltssumme	"	772,6	775,4	747,8	718,5	757,3	775,7	760,5	717,8	778,4
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	6 959,8	6 992,8	6 616,3	6 774,5	7 437,9	6 964,1	6 433,4	6 705,6	8 102,5
* darunter Auslandsumsatz	"	2 737,0	2 867,6	2 737,4	2 890,4	3 097,6	2 959,1	2 724,2	2 872,8	3 451,7
Exportquote ⁶⁾	%	39,3	41,0	41,4	42,7	41,6	42,5	42,3	42,8	42,6
Volumenindex des Auftragseingangs ⁷⁾ insgesamt	2000 = 100 % ⁸⁾	- 1,5	1,1	7,4	8,1	4,3	9,6	- 1,7	2,3	17,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	1,3	2,2	6,1	3,9	2,7	12,0	- 4,1	4,1	16,1
Investitionsgüterproduzenten	"	- 2,8	- 2,0	11,6	14,6	7,0	1,4	0,1	2,4	26,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 8,1	- 6,1	- 4,2	- 7,8	- 0,1	1,4	- 0,8	- 2,6	- 0,1
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 5,2	9,7	4,3	10,9	3,3	35,0	0,9	- 2,0	5,3
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	0,7	8,2	12,4	11,1	6,0	30,9	- 4,3	0,9	8,0
Maschinenbau	"	1,1	- 3,4	2,4	3,0	- 8,5	21,3	- 4,3	- 1,5	18,0
Kraftwagen und -teile	"	- 1,9	- 2,5	25,9	41,7	35,1	- 14,5	- 8,2	19,0	37,6
Herstellung von Metallerezeugnissen	"	- 7,0	0,0	- 6,2	- 3,8	2,7	16,8	9,5	- 5,9	22,7
ENERGIE- U. WASSERVERSORGUNG										
* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	95	107	109	108	108	106	100	100	100
* Beschäftigte ⁹⁾	"	18 145	17 502	17 694	17 501	17 518	17 470	17 268	17 315	17 287
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾¹⁰⁾	1000 h	2 273	2 185	2 333	2 178	2 240	2 056	2 209	2 188	2 422
* Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁹⁾	Mill. EUR	62,8	61,0	57,1	58,4	58,0	61,6	55,5	57,5	56,3
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 335,4	...	2 893,2	2 288,7	1 951,4
HANDWERK										
* Beschäftigte	1998 = 100	86,7	82,3	.	.	81,3	82,3
* Umsatz	"	96,9	91,9	.	.	79,8	97,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) Geflügelfleisch aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2000 oder mehr Tieren im Monat. 4) — In Betrieben bzw. Unternehmen von 3000 oder mehr Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. — 5) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ab Januar 2002 erweiterter Berichtskreis auf Grund eines Abgleichs mit externen administrativen Registern. — 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahreszeitraum; Veränderungsrate 2002 gegenüber 2001 berechnet ohne Betriebe, die durch einen Abgleich mit administrativen Registern neu hinzugekommen sind. — 9) Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 10) Bis Dezember 2001: geleistete Arbeiterstunden; ab Januar 2002: tatsächlich geleistete Stunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2002	2003	2003				2004		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	54,8	52,2	52,0	51,5	52,1	50,8	48,8	48,4	48,8
darunter										
Facharbeiter ²⁾	"	28,4	27,5	26,9	26,7	27,6	26,1	25,0	24,8	25,2
Fachwerker und Werker	"	8,2	7,6	7,6	7,4	7,4	7,2	6,7	6,5	6,6
gewerblich Auszubildende	"	2,5	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	2,2	2,1	2,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	5 012	4 882	3 067	3 243	4 749	3 820	2 764	3 375	4 626
darunter										
* Wohnungsbau	"	1 944	1 995	1 230	1 330	1 814	1 575	1 116	1 360	1 885
* gewerblicher Bau	"	1 424	1 353	1 009	1 038	1 369	1 078	946	1 061	1 347
* öffentlicher und Straßenbau	"	1 618	1 512	814	863	1 539	1 151	693	947	1 380
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	85,9	82,2	69,6	57,9	73,6	80,7	65,1	62,4	70,5
* Bruttogehaltssumme	"	38,2	35,3	34,0	33,2	33,6	35,9	32,2	32,6	32,6
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	483,4	469,8	291,8	338,5	451,2	517,5	259,0	306,9	406,2
darunter										
* Wohnungsbau	"	134,5	152,7	80,2	102,0	130,1	183,1	80,4	99,1	131,5
* gewerblicher Bau	"	197,0	164,0	132,7	162,9	185,2	176,3	105,2	119,3	149,0
* öffentlicher und Straßenbau	"	150,0	151,3	77,7	72,5	133,6	156,7	73,0	88,2	124,4
* Index des Auftragseingangs ³⁾	2000=100	83,9	75,3	49,1	59,2	84,0	85,2	34,8	51,1	64,1
darunter										
* Wohnungsbau	"	74,7	81,2	68,4	56,5	80,0	85,2	44,0	56,1	78,8
* gewerblicher Bau	"	70,3	55,7	40,5	56,4	54,0	65,6	27,4	42,1	41,4
* öffentlicher und Straßenbau	"	106,6	101,9	54,9	64,1	129,1	113,6	42,5	62,5	91,9
A u s b a u g e w e r b e ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁵⁾	1000	23,2	21,3	.	.	21,4	20,6	.	.	19,1
* Geleistete Arbeitsstunden	1000 h	6 430	6 059	.	.	5 889	5 974	.	.	5 394
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	109,4	99,6	.	.	93,3	104,3	.	.	84,3
* Bruttogehaltssumme	"	59,9	55,7	.	.	53,8	57,1	.	.	47,4
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	"	591,5	514,9	.	.	393,5	639,4	.	.	371,1
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	718	695	666	906	973	856	958	1 181	1 321
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	632	629	589	832	906	808	899	1 125	1 220
* Umbauter Raum der Wohngebäude	1000 m ³	801	773	764	1 050	974	860	958	1 174	1 450
* Wohnfläche in Wohngebäuden	1000 m ²	151	142	138	190	180	159	176	209	261
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	186 852	177 597	174 388	238 810	225 170	196 266	222 755	270 551	321 927
* Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	153	135	139	105	128	128	119	117	139
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude	1000 m ³	1 175	1 067	1 244	946	1 112	463	769	617	963
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden	1000 m ²	202	188	214	129	195	80	100	96	162
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	1000 EUR	199 572	168 911	215 917	140 430	128 036	80 854	72 168	68 985	122 189
* Wohnungen insgesamt ⁶⁾	Anzahl	1 627	1 449	1 485	1 947	1 754	1 443	1 809	2 008	2 709
* Wohnräume insgesamt (einschl. Küche) ⁶⁾	"	8 253	7 514	7 269	10 055	9 535	8 076	9 564	11 518	13 621
GROSS- U. EINZELHANDEL, GASTGEWERBE										
G r o ß h a n d e l ⁷⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	.	84,7	81,3	77,5	83,0	93,9	80,6	77,8	91,5
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	.	85,8	82,9	79,3	84,5	93,2	81,2	79,1	93,1
* Beschäftigte (Index)	"	.	90,5	91,2	90,8	90,8	90,1	89,5	89,3	89,1
E i n z e l h a n d e l ⁹⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	100,1	99,0	93,2	87,3	98,7	120,9	91,1	85,9	99,6
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	101,8	100,8	94,8	89,2	101,2	122,8	92,7	87,2	101,7
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	111,7	114,5	107,0	102,2	113,5	139,4	109,0	101,9	116,3
Apotheken ¹¹⁾	"	107,7	109,6	104,2	100,9	106,8	141,8	96,5	96,4	114,0
Bekleidung	"	97,4	90,6	86,8	69,5	87,9	118,0	82,6	68,7	83,9
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹²⁾	"	88,3	84,9	83,3	82,2	88,4	101,7	80,0	79,5	91,6
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹³⁾	"	99,0	102,2	76,7	75,5	116,3	92,0	74,7	76,9	105,2
* Beschäftigte (Index)	"	96,5	92,5	93,2	92,6	92,5	93,2	91,4	90,8	91,1
K f z - H a n d e l u. T a n k s t e l l e n ¹⁴⁾										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	91,7	91,9	80,5	84,3	104,5	79,4	76,0	82,8	107,1
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	93,1	94,3	82,3	86,0	106,6	82,1	78,6	85,8	111,2
* Beschäftigte (Index)	"	93,5	92,6	93,3	92,7	92,5	92,6	90,0	89,9	90,3
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁸⁾ — real	2000 = 100	89,4	83,5	78,4	75,1	86,1	81,8	73,5	76,8	81,4
* Index der Umsätze ⁸⁾ — nominal	"	94,5	89,0	83,2	79,9	91,5	88,2	78,4	82,3	87,1
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	91,9	87,2	80,9	80,1	89,0	77,6	76,7	84,8	85,4
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	94,0	87,9	81,1	77,5	90,2	93,4	75,1	76,4	82,7
Kantinen und Caterer	"	99,4	95,5	89,2	83,0	98,0	96,6	89,5	93,0	100,6
* Beschäftigte (Index)	"	94,9	89,3	88,1	87,6	91,0	87,6	86,6	86,4	89,2

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 4) Sowie Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe, einschl. Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal; ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Am Ende des Berichtszeitraums. — 6) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. — 7) Ab Januar 2003 einschl. Handelsvermittlung. — 8) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. — 10) In Verkaufsräumen; vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen). — 12) Sowie Hausrat a. n. g. — 13) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf. — 14) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2002	2003	2003				2004		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ darunter	Mill. EUR	2 639,2	2 812,3	2 899,1	2 811,1	2 819,0	2 720,6
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	69,3	79,2	69,7	67,3	85,0	75,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	2 570,0	2 609,3	2 702,0	2 620,5	2 601,9	2 525,5
* Rohstoffe	"	17,9	19,9	24,0	19,7	23,9	16,0
* Halbwaren	"	157,3	146,5	142,1	179,0	146,0	178,6
* Fertigwaren	"	2 394,8	2 442,9	2 535,9	2 421,8	2 432,0	2 330,8
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	501,9	462,1	501,4	487,3	473,6	376,2
* Enderzeugnisse	"	1 892,9	1 980,7	2 034,4	1 934,5	1 958,4	1 954,6
Unter den Fertigwaren waren										
chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	"	710,2	702,7	803,2	712,1	706,5	595,7
Maschinen	"	383,8	384,8	408,0	342,4	359,1	420,9
Fahrzeuge, Fahrzeugteile und -zubehör	"	265,9	296,5	305,0	305,6	314,5	255,0
elektrotechnische Erzeugnisse	"	246,5	237,0	235,9	223,3	223,3	244,7
Eisen- und Metallwaren	"	170,3	176,3	161,4	171,9	171,9	158,4
davon nach										
* Europa	"	1 851,6	2 017,9	2 037,4	2 006,3	2 073,8	1 928,1
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 395,8	1 536,8	1 580,3	1 530,1	1 639,6	1 481,3
* Afrika	"	44,1	43,3	46,9	44,3	36,1	42,5
* Amerika	"	348,1	333,7	376,9	364,1	327,1	294,1
* Asien	"	374,6	394,8	411,0	370,6	364,1	438,5
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	20,9	22,5	26,9	25,7	18,0	17,5
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	181,4	182,9	205,6	156,5	179,9	224,3
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	3 612,1	3 602,7	3 703,6	3 334,6	3 778,1	3 544,3
* Rohstoffe	"	68,4	68,6	86,2	72,9	40,9	45,7
* Halbwaren	"	278,1	240,7	290,0	284,6	223,8	209,8
* Fertigwaren	"	3 265,6	3 293,4	3 327,4	2 977,2	3 513,4	3 288,8
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	390,4	379,2	369,5	386,2	459,9	366,9
* Enderzeugnisse	"	2 875,3	2 914,2	2 957,9	2 590,9	3 053,5	2 921,9
davon aus										
* Europa	"	2 487,5	2 693,6	2 619,2	2 471,6	2 876,0	2 681,0
* darunter EU-Länder ²⁾	"	1 877,4	2 068,7	1 985,3	1 868,3	2 282,0	2 046,5
* Afrika	"	82,1	77,2	78,7	67,5	46,5	91,7
* Amerika	"	521,1	502,8	662,6	485,1	499,0	442,2
* Asien	"	697,3	807,4	843,2	736,6	872,6	834,5
* Australien, Ozeanien u. übrige Gebiete	"	5,5	8,0	7,9	6,0	7,2	18,4
TOURISMUS³⁾										
* Gästeankünfte	1000	796	782	663	661	753	605	645	702	784
* darunter von Auslandsgästen	"	197	193	183	167	187	148	183	195	191
* Gästeübernachtungen	"	2 051	1 985	1 714	1 674	1 912	1 500	1 580	1 768	1 847
* darunter von Auslandsgästen	"	378	373	389	349	382	278	366	431	352
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	629	602	487	525	584	467	450	534	551
Luftkurorte	"	118	119	79	82	92	89	78	83	92
Erholungsorte	"	92	84	42	48	54	57	47	53	54
Sonstige Gemeinden	"	1 212	1 181	1 105	1 020	1 183	887	1 005	1 098	1 150
darunter Großstädte	"	550	531	565	505	577	428	524	556	543
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 144	1 007	930	918	1 163	882	968	897	1 187
davon										
* Güterversand	"	214	187	200	181	208	199	230	191	202
* Güterempfang	"	930	820	730	737	956	683	738	706	985

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 2004 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedstaaten nach dem Stand von Januar 1995 (Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich); ab Januar 2004 einschl. der zehn im Mai 2004 beigetretenen Staaten. — 3) Alle Beherbergungsbetriebe mit mindestens 9 Betten; ohne Camping. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2002	2003	2003				2004		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
Noch: VERKEHR										
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	29 183	27 799	25 651	24 201	34 127	22 503	21 627	24 077	35 845
* Personenkraftwagen ²⁾	"	25 548	24 217	23 353	21 078	28 417	20 151	19 339	20 660	29 875
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 535	1 520	1 568	1 250	1 469	1 171	1 087	1 425	1 902
* Krafträder und dreirädrige Kraftfahrzeuge	"	1 579	1 562	415	1 527	3 577	746	660	1 632	3 320
* Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	284	290	187	208	320	288	394	230	414
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personen- und Sachschaden ³⁾	"	3 057	2 995	2 609	2 270	2 679	2 879	2 604	2 291	2 745
* darunter Unfälle mit Personenschaden	"	2 222	2 178	1 732	1 523	1 946	1 927	1 719	1 514	1 894
* Getötete Personen	"	42	42	37	19	41	46	31	29	27
* Verletzte Personen	"	2 990	2 897	2 369	2 003	2 584	2 571	2 278	2 045	2 506
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen ⁴⁾										
Beförderte Personen	1000	37 731	39 066	.	.	121 148	129 849
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	37 328	38 263	.	.	120 275	124 093
Gelegenheitsverkehr	"	403	803	.	.	874	5 755
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 600	24 584	.	.	64 327	73 032
davon im										
Linienverkehr ⁵⁾	"	19 955	20 135	.	.	56 706	60 796
Gelegenheitsverkehr	"	4 645	4 449	.	.	7 622	12 236
Einnahmen	1000 EUR	44 394	45 512	.	.	121 206	141 555
davon aus										
Linienverkehr ⁵⁾	"	36 163	37 298	.	.	108 511	119 855
Gelegenheitsverkehr	"	8 231	8 214	.	.	12 695	21 700
GELD UND KREDIT										
Banken ⁶⁾										
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. EUR	183 513	191 573	.	.	571 943	583 117	.	.	606 210
darunter										
Kredite an inländische Nichtbanken ⁷⁾	"	137 508	139 833	.	.	418 576	424 015	.	.	423 451
davon										
kurzfristige Kredite (bis zu1 Jahr)	"	21 798	23 172	.	.	71 697	70 465	.	.	71 417
Kredite über 1 Jahr ⁸⁾	"	115 710	116 661	.	.	346 879	353 550	.	.	352 034
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁷⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	"	144 814	155 575	.	.	458 553	461 887	.	.	497 405
Insolvenzen										
* Insolvenzen	Anzahl	427	540	592	432	454	535	595	573	717
davon										
* Unternehmen	"	186	195	232	177	153	172	226	192	253
* Verbraucher	"	100	173	189	117	152	173	175	207	242
* ehemals selbstständig Tätige	"	43	94	77	64	71	135	116	105	152
* sonstige natürliche Personen ⁹⁾ , Nachlässe	"	98	78	94	74	78	55	78	69	70
* Voraussichtliche Forderungen	1000 Euro	408 152	209 656	445 279	210 407	149 163	131 494	359 751	154 915	249 861
GEWERBEANZEIGEN ¹⁰⁾										
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	5 093	5 587	6 215	4 666	6 781	5 740
* Gewerbeabmeldungen	"	4 664	4 801	6 399	4 174	5 738	5 935
PREISE										
* Verbraucherpreisindex	2000 = 100	103,0	103,9	103,5	104,0	103,9	104,5	104,6	104,8	105,2
darunter										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	104,1	103,9	103,2	103,8	103,8	103,5	104,4	104,4	104,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	"	106,0	111,5	110,3	110,6	110,5	112,8	112,3	113,3	121,6
Bekleidung, Schuhe	"	100,2	97,7	97,9	98,8	99,3	96,6	95,9	96,1	96,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ¹¹⁾	"	103,4	105,1	104,6	104,9	105,0	105,7	106,2	106,1	106,4
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ¹²⁾	"	101,7	101,1	101,7	101,7	101,6	100,3	100,4	100,3	100,4
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	104,2	106,3	106,6	107,1	106,9	106,2	106,5	106,6	106,9
Nachrichtenübermittlung	"	95,7	96,4	95,5	95,9	95,9	96,5	96,4	96,2	96,3
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	101,4	100,5	99,7	101,1	100,6	104,0	98,1	99,7	99,0
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	104,8	106,2	104,3	104,7	104,3	110,1	105,6	105,1	105,2
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹³⁾	2000 = 100	101,0 ¹⁴⁾	100,8	.	100,9	.	.	.	100,6	.

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. — 3) Schwer wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. — 4) (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 5) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 6) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur vierteljährlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter; (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). — 7) Einschl. durchlaufender Kredite. — 8) Ohne durchlaufende Kredite. — 9) Beispielsweise als Gesellschafter oder Mithafter. — 10) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	2002	2003	2003				2004		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. EUR	3 125,4	3 165,9	3 380,0	3 140,9	3 140,0	4 700,6	3 320,3	2 554,8	2 217,2
davon										
Gemeinschaftssteuern	"	2 722,7	2 706,0	3 006,9	2 497,0	2 646,6	4 478,9	3 165,8	2 395,5	2 055,4
davon										
Lohnsteuer ²⁾	"	1 485,4	1 466,6	1 494,2	1 430,5	1 438,7	2 199,8	1 428,2	1 394,1	1 345,0
veranlagte Einkommensteuer	"	64,4	32,8	– 36,6	– 130,7	– 108,7	516,0	– 61,0	– 150,2	– 162,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	181,1	130,8	136,4	42,0	38,2	110,5	331,2	46,9	50,3
Zinsabschlag ²⁾	"	257,7	239,6	616,2	401,3	289,7	241,3	623,7	345,4	217,1
Körperschaftsteuer ²⁾	"	– 130,1	8,8	– 6,8	– 117,1	342,7	597,2	76,0	– 115,2	174,3
Umsatzsteuer	"	727,3	703,7	685,2	765,1	476,4	806,1	760,6	867,4	422,8
Einfuhrumsatzsteuer	"	136,8	123,7	118,3	106,0	169,5	7,6	7,0	7,3	8,0
Bundessteuern	"	236,4	274,0	211,4	483,3	360,9
darunter										
Mineralölsteuer	"	38,6	44,0	5,4	29,1	46,3
Versicherungsteuer	"	61,5	79,8	48,9	335,5	69,9
Zölle ³⁾	"	9,0	8,7	5,8	7,4	11,2
Landessteuern	"	126,8	133,6	153,8	120,6	121,4	118,1	149,8	149,0	161,8
darunter										
Vermögensteuer	"	3,9	1,6	4,1	1,8	1,3	2,6	2,8	– 1,0	1,3
Erbschaftsteuer	"	18,0	32,2	26,8	17,6	19,3	23,0	22,9	20,1	41,0
Grunderwerbsteuer	"	41,4	36,7	43,7	29,6	35,5	47,3	32,8	42,9	45,7
Kraftfahrzeugsteuer	"	48,9	47,2	63,7	43,1	52,0	37,6	71,0	47,1	62,1
Gewerbsteuerumlage	"	30,5	43,7	2,1	32,6	0,0	103,7	4,7	10,3	0,0
		2002	2003	2002			2003			
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 386,4	1 446,7	1 317,3	1342,5	2 056,0	1 019,2	1 574,2	1277,8	1 915,4
davon										
Grundsteuer A	"	4,3	4,3	4,2	5,2	3,5	4,3	3,8	5,5	3,6
Grundsteuer B	"	152,3	157,3	171,7	168,8	128,8	148,5	177,7	169,0	134,0
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	561,4	634,0	430,5	554,0	740,4	710,1	710,4	521,6	593,7
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	584,3	566,7	693,6	531,0	1 034,3	137,4	597,4	498,4	1 033,6
andere Steuern ⁵⁾	"	15,4	15,8	17,3	16,6	12,5	15,5	17,4	16,8	13,6
		2002	2003	2002			2003			2004
		Durchschnitt ⁶⁾		Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.
VERDIENSTE ⁷⁾										
Arbeiterverdienste										
im Produzierenden Gewerbe)										
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	EUR	2 471	2 529	2 490	2 498	2 469	2 508	2 543	2 554	2 531
* Männliche Arbeiter	"	2 551	2 608	2 570	2 578	2 547	2 587	2 623	2 634	2 607
darunter Facharbeiter	"	2 697	2 757	2 718	2 723	2 699	2 739	2 769	2 784	2 760
* Weibliche Arbeiter	"	1 920	1 966	1 935	1 937	1 938	1 949	1 974	1 980	1 990
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	1 786	1 819	1 804	1 795	1 792	1 798	1 832	1 832	1 836
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	15,13	15,49	15,18	15,26	15,35	15,45	15,51	15,56	15,74
* Männliche Arbeiter	"	15,59	15,95	15,63	15,72	15,83	15,91	15,96	16,02	16,21
darunter Facharbeiter	"	16,67	17,04	16,71	16,80	16,94	17,00	17,03	17,12	17,40
* Weibliche Arbeiter	"	11,92	12,21	11,99	12,03	12,09	12,16	12,24	12,27	12,37
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	10,94	11,14	11,03	11,01	11,04	11,08	11,19	11,18	11,27
Angestelltenverdienste										
(Bruttonomatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	3 687	3 746	3 700	3 710	3 704	3 720	3 758	3 771	3 792
* männlich	"	3 941	3 993	3 959	3 964	3 953	3 969	4 003	4 017	4 039
* weiblich	"	2 963	3 044	2 972	2 991	2 997	3 014	3 059	3 070	3 089
* kaufmännische Angestellte	"	3 477	3 531	3 488	3 492	3 487	3 508	3 542	3 557	3 580
* technische Angestellte	"	3 871	3 934	3 889	3 902	3 894	3 906	3 946	3 959	3 975
* in Handel ⁸⁾ , Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁹⁾	"	3 365	3 448	3 366	3 403	3 416	3 431	3 451	3 469	3 513
* männlich	"	3 725	3 812	3 730	3 757	3 781	3 788	3 815	3 838	3 893
* weiblich	"	2 823	2 892	2 823	2 860	2 861	2 885	2 896	2 906	2 934
* kaufmännische Angestellte	"	3 360	3 442	3 357	3 400	3 414	3 426	3 443	3 462	3 506
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im Produzierenden Gewerbe; in Handel ⁸⁾ , Kredit- und Versicherungsgewerbe ⁹⁾	"	3 487	3 562	3 492	3 519	3 525	3 542	3 569	3 586	3 623

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. — 9) Ab 2002 neuer Berichtskreis; dadurch ist die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren stark eingeschränkt.

Gesamtwirtschaftliche Stabilität als Verfassungsprinzip

Die gesamtwirtschaftliche Stabilität der deutschen Wirtschaftsverfassung und die Europäische Währungsunion. Von H.-M. Hänsch, Band 20 der „Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht“, 356 Seiten, kartoniert, 65,80 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Die Vollendung der Europäischen Währungsunion hebt den Integrationsprozess in Europa auf eine neue Stufe. Die Frage der gesamtwirtschaftlichen Stabilität, die unter staats- und europarechtlicher wie unter ökonomischer Betrachtung im Mittelpunkt der vorliegenden Dissertation steht, ist entscheidend für die Zukunft nicht nur der Währungsunion, sondern der gesamten EU — auch im Hinblick auf die künftige Integration weiterer Staaten Europas. Die Ausführungen begründen und formulieren das für die EWWU wesentliche Verfassungsprinzip „Gesamtwirtschaftliche Stabilität“ auf Basis des Sozialprinzips, denn im Interesse allgemeiner Freiheit obliegt dem Staat die Verpflichtung zu allgemeiner Selbstständigkeit, der dieser durch vorrangig makrosozial orientierte Gesetzgebung bestmöglich nachkommt. Maßgebliche Zielelemente dafür sind Geldwertstabilität, Beschäftigung und Wachstum als gleichrangige ökonomische Imperative des Sozialprinzips, das allerdings hinsichtlich der Wege zur Zielerreichung auf Grund der Kontingenz der Theorie offen sein muss. Der Überblick am Ende des ersten Teils der Schrift lässt die Vorgehensweise erkennen: Nach der Erarbeitung der „Gesamtwirtschaftlichen Stabilität als primär relevante Stabilitätsdimension für die Europäische Währungsunion“ im zweiten Teil folgt die verfassungsdogmatische Herleitung des Rechtsprinzips „Gesamtwirtschaftliche Stabilität“ im dritten Teil. Der vierte Teil zeigt die Materialisierung des Prinzips durch das Staatsziel des „Gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“, bevor im fünften Teil der Frage nachgegangen wird, ob und inwieweit das europäische Gemeinschaftsrecht diesem Prinzip entspricht. Das Resümee sowie ein kurzer Ausblick auf künftige Entwicklungen der EU schließen die Betrachtung ab. 7111

Kommunale Steuern

Grundlagen, Verfahren, Entwicklungstendenzen. Von G. Schwarting, Band 9 der Reihe „Finanzwesen der Gemeinden“, 160 Seiten, gebunden, 34,80 Euro, Erich Schmidt, Berlin, 1999.

Veröffentlichungen zum Gesamtkomplex der kommunalen Steuern sind selten und es fehlte durchaus an einer Darstellung des aktuellen kommunalen Steuersystems. Der Autor unternimmt mit dem vorliegenden Buch den Versuch, diese Lücke zu schließen. Sein Hauptaugenmerk legt er dabei auf die finanzwirtschaftlichen Fragen, die für die kommunale Ebene von besonderer Bedeutung sind (Stichworte hierzu sind: Finanzhoheit und Finanzautonomie, die örtliche Radizierbarkeit der kommunalen Steuern, Stetigkeit des Aufkommens, Standortkonkurrenz) und stellt daneben die Hauptlinien der Diskussionen über die Fortentwicklung des gemeindlichen Steuersystems dar. Nach dem einführenden Kapitel, in dem die Rahmenbedingungen kommunaler Steuerpolitik, einige Fakten und Begriffsbestimmungen dargelegt werden, wird eine Übersicht über die rechtlichen Grundlagen kommunaler Steuern, differenziert nach verfassungs-, abgaben- und haushaltsrechtlichen Aspekten, geboten. Bereits das dritte, der insgesamt sieben Kapitel widmet der Autor den Fragen der Gemeindefinanzreform, wobei auch der hierfür gewählte Untertitel „Ansätze und Enttäuschungen“ auf sein besonderes Engagement und Interesse an dieser Thematik hinweist. Er diskutiert dabei allerdings nicht nur die verschiedenen Konzepte der aktuellen Diskussion, sondern er beleuchtet auch die Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte auf diesem Felde, erhellt damit den Hintergrund der Diskussionen und schafft dem Leser einen guten Bezugsrahmen für die Thematik. In den Kapiteln vier bis sieben betrachtet der Autor die kommunalen Steuern im Einzelnen. Für die Grund- und Gewerbesteuer, die kommunalen Beteiligungen an Staatssteuern sowie die örtlichen Auf-

wand- und Verbrauchsteuern werden jeweils sowohl die Grundzüge der Erhebung und Zurechnung auf die Gemeinden als auch der empirisch-statistische Befund zu der jeweiligen Steuer gekonnt vorgestellt, um sodann die einzelnen Steuern einer — insbesondere unter den kommunalrelevanten Gesichtspunkten — finanzpolitischen Bewertung zu unterziehen. 7112

Der Einfluss der Bevölkerungsdichte auf die Kosten der öffentlichen Leistungserstellung

Von H. Seitz, Band 899 der Reihe „Schriften zum Öffentlichen Recht“, 130 Seiten, kartoniert, 34,80 Euro, Duncker & Humblot, Berlin, 2002.

Agglomerationsprämien — Begünstigungen von der Einwohnerzahl her nach höher verdichteten Gebieten (Ländern bzw. Stadtstaaten) im Finanzausgleich — sind finanzpolitisch ebenso umstritten wie von Seiten der Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, also den nach den gegenwärtigen Regelungen im Finanzausgleich Begünstigten, vehement eingefordert. Ansatzpunkt der vorliegenden Untersuchung hierzu ist das Maßstäbeurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1999, mit dem der Gesetzgeber aufgefordert wurde, „die Finanzkraft der Stadtstaaten der Finanzkraft dünn besiedelter Flächenstaaten gegenüberzustellen und zu prüfen, ob eine Ballung der Bevölkerung in einem Land oder eine unterdurchschnittliche Bevölkerungszahl einen abstrakten Mehrbedarf pro Einwohner rechtfertigen kann“ (BverfG 1999 S. 102). Der Autor stellt zunächst theoretische Grundüberlegungen zum Zusammenhang von öffentlichen Ausgaben und der Bevölkerungsballung — wesentlich eine Auseinandersetzung mit dem „Brecht/Popitz'schen-Gesetz“ — an, bevor er die empirische Relevanz des Themas mit einer Darstellung der Siedlungsstruktur der Bundesrepublik und des Zusammenhangs von Siedlungsgröße und Siedlungsdichte belegt. Umfassend wird sodann der Zusammenhang zwischen Siedlungsstruktur, Bevölkerungsballung und öffentlichen Ausgaben (nach Aufgabenbereichen, hier ausführlicher für die Bereiche Abwasserentsorgung, Straßenverkehr und Schule) untersucht, und anschließend die Ausgabenverteilung zwischen Ländern und Gemeinden sowie die Einnahmen und Wirtschaftskraft dünn besiedelter Regionen vergleichend in die Betrachtung einbezogen. Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass die Pro-Kopf-Kosten des öffentlichen Güterangebots mit zunehmender Bevölkerungsdichte zunächst sinken und ab einer „kritischen“ Einwohnerzahl ansteigen (U-förmiger Verlauf der Durchschnittskostenfunktion für das Aggregat der aufgabenbezogenen Kostenfunktionen im öffentlichen Sektor). Der Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes konzidiert der Autor somit in die richtige Richtung weisende Änderungen: der Mehrbedarf der besonders hoch verdichteten Stadtstaaten bleibt weiterhin und der Mehrbedarf der extrem dünn besiedelten Länder wird erstmals grundsätzlich anerkannt. 7114

Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

Abfallwirtschafts- und Bodenschutzrecht in Hessen

Kommentar. Von Friedrich Baur, Rüdiger Brunke, Elke Engel, M. Frank und A. Koch, Loseblattwerk in Plastikordner, Grundwerk (einschl. 4. Erg.-Lfg. vom August 2003) 708 Seiten, 63,40 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2003. 6827

Kommunalverfassungsrecht Hessen

Text und Kommentar zur Hessischen Gemeindeordnung, Hessischen Landkreisordnung, Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit und Hessisches Kommunalwahlgesetz. Von G. Bennemann, R. Beilich u.a., Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. 9. Lieferung vom Dezember 2003) 2664 Seiten, in 1 Plastikordner) 134,00 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, 2004 6984

Disziplinarrecht des Bundes und der Länder

Erläutert auf der Grundlage des Bundesbeamtengesetzes und der Bundesdisziplinarordnung unter Einbeziehung des entsprechenden Rechts der Länder. Ergänzbare Kommentar. Von Prof. Dr. H.D. Weiß, Band II der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattaussgabe, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 4/03 vom August 2003, 7942 Seiten, in 6 Ordner) 198,00 Euro; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2003. 5222



Statistik regional

Statistik regional ist eine von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Sie bietet PC-Nutzern die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten aus der amtlichen Statistik für das gesamte Bundesgebiet nach Landkreisen und kreisfreien Städten, Regierungsbezirken und Ländern zu recherchieren und zu Tabellen, auch als Zeitreihen, zusammenzustellen.

Statistik regional erscheint jährlich und bietet Ihnen Daten zu folgenden Sachgebieten:

- Gebiet und Bevölkerung
- Gesundheitswesen
- Allgemein bildendes und berufliches Schulwesen
- Beschäftigung, Arbeitslosigkeit
- Landwirtschaft
- Produzierendes Gewerbe
- Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Baulandverkäufe
- Tourismus (Gäste und Übernachtungen)
- Verkehr (Unfälle, Kfz-Bestand)
- Sozialwesen
- Öffentliche Finanzen
- Bruttoinlandsprodukt, -wertschöpfung
- Umwelt (Wasserversorgung, Abwasserbehandlung)
- Wahlen

Die Daten sind einfach, schnell und ohne Vorkenntnisse abzurufen. Recherchierte Ergebnisse können nicht nur ausgedruckt, sondern auch mit anderen Programmen leicht weiterverarbeitet werden (Systemvoraussetzungen: Windows 95 oder NT 4.0, 16 MB RAM, 5 MB freier Speicherplatz). Die CD-ROM enthält die Datenbank mit der zum Betrieb erforderlichen Software (EASYSSTAT).

Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben sowie Preise finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

W-144

STATISTIK HESSEN

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611 3802-951 Fax: 0611 3802-992
E-Mail: vertrieb@statistik-hessen.de
Internet: www.statistik-hessen.de

Kommunale Unternehmen

Eigenbetriebe, Kapitalgesellschaften, Zweckverbände. Von G. Westermann, 4., überarbeitete Auflage, Band 3 der Reihe „Finanzwesen der Gemeinden“, 422 Seiten, gebunden, 78,00 Euro, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 2003.

Nicht ganz so, aber ähnlich vielfältig wie die Aufgaben der Kommunen sind auch die Organisationsformen, deren sich die Gemeinden und Landkreise zu ihrer Bewältigung bedienen können. Eine optimale Wahl der Organisationsform, einer aufgabenbezogen idealen Rechts- und Gestaltungsform, ist kein einfaches Entscheidungsproblem. Der Entscheider muss breite Spektren von Unterzielen, wie beispielsweise effizientes Management, Flexibilität in der Personalwirtschaft, Verbesserung des Haushalts- und Rechnungswesens, Ausschöpfung steuerrechtlicher Vorteile oder Eignung für die interkommunale Zusammenarbeit einerseits und der Vielfalt der sich zur Auswahl anbietenden Organisationsarten und -formen andererseits, berücksichtigen. Hier setzt das Werk, das als Handbuch verstanden werden will, an. Es soll mit ihm ein praxisorientierter und somit in Kommunalpolitik und -verwaltung handhabbarer Überblick über die zur Ämterverwaltung alternativen Organisations- und Rechtsformen geboten und dabei die Problematik der rechtlichen Grenzen der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung berücksichtigt werden. Einschlägige Muster-satzungen (Eigenbetrieb, Zweckverband) und Musterverträge (Gesellschafts-, Betriebsführungs- und Konzessionsvertrag) sollen den kommunalen Anwendern die Schritte von der Theorie zur Praxis erleichtern. Hierzu werden in dem einführenden, ersten Kapitel die formalen und normativen Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung und kommunaler Unternehmer umrissen. Gegenüber den Vorauf-lagen wurde ein neues Kapitel über Effizienz, Benchmarking und Effizienzsteigerung — als Zieldefinition für kommunale Unternehmen und hauptsächlichliche Motivationslage für die Wahl zur Verwaltung alternativer Organisationsformen — in die aktuelle Auflage des Buches aufgenommen. In Kapitel III bietet das Werk eine Tour d'horizon über die Organisationsformen kommunaler Unternehmen bevor — in jeweiligen Einzelkapiteln — Eigenbetrieb, Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Zweckverband als bedeutendste Organisationsformen ausführlich beleuchtet werden. Nun erst werden in dem folgenden Kapitel die Zulässigkeit und Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen erörtert bevor der endgültige Sprung in die „Praxis“ — mit einem Überblick über „Das Verfahren bei der Gründung kommunaler Unternehmen“ und Fallbeispielen aus der kommunalen Praxis — gewagt wird. Wie sehr sich das Werk gerade auch für den Praktiker anbietet, mag man daran ermes-sen, dass diese praxisbezogenen Abschnitte und zugehörigen Anhänge, die bereits erwähnten Muster von Satzungen und Verträgen, dem Umfang nach mehr als die Hälfte des Inhaltes des Handbuches aus-machen.

7110

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM APRIL 2004

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

☐ = auf Diskette lieferbar, ● = auf CD-ROM lieferbar

@ = im Internet unter www.statistik-hessen.de)

Die angegebenen Preise beinhalten bereits die Versandkosten.

Statistische Berichte

Bevölkerung, Erwerbsbeteiligung, Haushalte und Familien

in Hessen 1999 bis 2003 nach Regionaleinheiten

(Regionalisierte Ergebnisse der 1%-Mkrozensus-

Stichprobe); (A I 7 - j/03 mit A VI 2/5 - j/03); (AnpSch) 5,90 Euro

☐, Excel/®, Online 6,00/4,00 Euro

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 2003 (Vorläufige Werte); (A VI 5 - vj 1/03); (K)	5,90 Euro
☐, Excel/®, Online	6,00/4,00 Euro
Erwerbstätige in Hessen 1999 bis 2002 nach kreisfreien Städten und Landkreisen; (A VI 6 - j/02); (K)	5,90 Euro
☐, Excel/®, Online	6,00/4,00 Euro
Die allgemein bildenden Schulen in Hessen 2003 (Stand: 26. September 2003); (Vorläufige Ergebnisse); (B I 1 - j/03); (K)	3,70 Euro
☐, Excel/®, Online	4,40/2,40 Euro
Die beruflichen Schulen in Hessen 2003 (Stand: 31. Oktober 2003); (Vorläufige Ergebnisse); (B II 1 - j/03); (K)	3,70 Euro
☐, Excel/®, Online	4,40/2,40 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Jahr 2003; (E I 3 - j/03)	11,30 Euro
☐, Excel/®, Online	10,00/8,00 Euro
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2004; (E I 3 - m 1/04)	4,80 Euro
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Januar 2004; (E I 1 - m 1/04); (K)	4,80 Euro
☐, Excel/®, Online	5,20/3,20 Euro
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Februar 2004 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 2/04); (K)	3,70 Euro
☐, Excel/®, Online	4,40/2,40 Euro
Baugenehmigungen in Hessen im Januar 2004; (F II 1 - m 1/04); (K)	3,70 Euro
☐, Excel/®, Online	4,40/2,40 Euro
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Januar 2004 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 1/04); (K)	3,70 Euro
Binnenschifffahrt in Hessen im Januar 2004; (H II 1 - m 1/04)	3,70 Euro
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Februar 2004; (H I 1 - m 2/04); (K)	3,10 Euro
Umsatzsteuerstatistik 2002; (L IV 1 - j/02); (K)	11,30 Euro
☐, Excel/®, Online	10,00/8,00 Euro
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Februar 2004; (M I 4 - vj 1/04)	3,70 Euro
☐, Excel/®, Online	4,40/2,40 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Januar 2004; (Teil I: Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe); (N I 1 - vj 1/04 - Teil I)	4,80 Euro
☐, Excel/®, Online	5,20/3,20 Euro
Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen im Januar 2004; (Teil II: Angestelltenverdienste); (N I 1 - vj 1/04 - Teil II)	7,00 Euro
☐, Excel/®, Online	6,80/4,80 Euro
Verbraucherpreisindex und Messzahlen für Verbraucherpreise in Hessen im März 2003; (M I 2 - m 3/03)	5,90 Euro
☐, Excel/®, Online	6,00/4,00 Euro
Entsorgung von Abfällen in betriebseigenen und in Anlagen der Entsorgungswirtschaft in Hessen 2000; (Q II 10 - j/00); (K)	5,90 Euro
☐, Excel/®, Online	6,00/4,00 Euro

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden